Heute: Enthüllungen über den Wehrwolf

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbh., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 23. Februar 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 45

Zerbrecht die Monarchisten-Sabotage!

Einheitskomitees aller Werktätigen vor die Front!

Auf die Uebersendung der Eintragungslisten für das Volksbegehren an den **Gemeindevorsteher von Westewitz** (Saalkreis) ging uns nachfolgendes Schreiben zu, das wir im Original schon wegen seiner **humoristischen Wirkung**, widergeben:

Dieses Schreiben ist wirklich ein „Kulturdokument" des Faschismus! Dieser Fürstenlakai und Gemeindevorsteher, der nicht einmal richtiges Deutsch schreiben kann, ist doch ein Prachtexemplar in unserer deutschen Republik! Es handelt sich hier nicht bloß um diese mit einer außerordentlich großen Portion Dämlichkeit ausgestattete Zierde der Deutschnationalen Partei, sondern darum, daß dieser Gemeindevorsteher Mehne überhaupt wagen darf, als Amtsperson keine blasse Ahnung von seinen amtlichen Aufgaben zu haben. Es liegt hier eine freche Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen vor, wofür Herr Mehne zur Rechenschaft gezogen werden muß. Heißt es doch in der Reichsstimmordnung (Reichsgesetzblatt 1 1924, Seite 185) über das Volksbegehren folgendermaßen:

§ 76, Absatz 1 und 3.

Unverzüglich nach Eingang der Vordrucke hat die Gemeindebehörde in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, an welchen Tagen und zu welchen Tagesstunden die Unterschriften in die Listen eingetragen werden können.

Die Eintragungstage und Eintragungsstunden sind so zu legen, daß alle Eintragungsberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit haben, innerhalb der Eintragungsfrist sich in die Listen einzutragen. Dabei sind die beruflichen Verhältnisse der Einwohnerschaft tunlichst zu berücksichtigen. Fällt in die Eintragungsfrist ein Sonn- oder öffentlicher Ruhetag, so soll auch an diesem Tage Gelegenheit zur Eintragung gegeben werden.

§ 77.

In größeren Gemeinden können zur raschen Abwicklung des Geschäfts mehrere Räume bestimmt und mehrere Eintragungslisten gleichzeitig ausgelegt werden. Bei bestehendem Bedürfnis kann § 39 entsprechend angewendet werden.

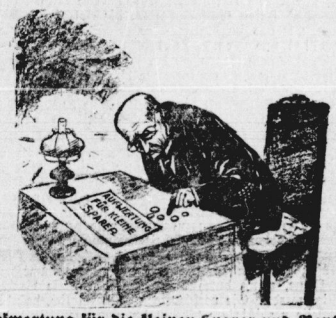
Außer aus Westewitz liegt noch eine Meldung aus **Salzmünde** im Mansfelder Seekreis vor, einem **Stahlhelmnest des Großgrundbesitzer Wentzel**, wo ebenfalls unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen von deutschnationalen Fürstenknechten offene Sabotage bei der Auslegung der Eintragungslisten geübt wird.

Es wird die **Aufgabe der kommunistischen und sozialdemokratischen Gemeindevertreter an allen Orten sein, gegen die Sabotageversuche sofort und mit Entschiedenheit unter Berufung auf das amtlich zugelassene Volksbegehren vorzugehen.** Darüber hinaus aber muß vor allem die **Industrie- und Landarbeiterschaft selbst die Kontrolle über die einwandfreie Durchführung des Volksbegehrens ausüben.** Hier zeigt es sich in der markantesten Weise, wie verbrecherisch das Vorgehen der SPD. und des ADGB. ist, die Einheitskomitees aller Arbeiter und aller proletarischen Organisationen zu verhindern. Gerade solche **Einheitskomitees, gebildet aus den Vertretern aller proletarischen Organisationen aus Stadt und Land**, sind am besten in der Lage, **als Kontrollorgan der breitesten Massen gegenüber den Fürstenlakaien vom Schlage eines Gemeindevorstehers Mehne in Westewitz zu wirken.**

Die Fälle aus Westewitz und Salzmünde machen solche Kontrollorgane der werktätigen Massen zur unbedingten Notwendigkeit. **Wer heute gegen die Einheitskomitees hetzt, wie es die sozialdemokratische Presse tut, der unterstützt in Wirklichkeit die deutschnationalen Gemeindevorsteher und Stahlhelmführer.** Er hilft den eingeschworenen Monarchisten, das Volksbegehren und den späteren Volksentscheid zu sabotieren.

Wer es darum ehrlich meint mit der Parole: „Nicht einen einzigen roten Pfennig den ausgerissenen Fürsten", der tritt ein für die beschleunigte Bildung von Einheitskomitees überall, in Stadt und Land.

Es stimmt für den Volksentscheid, wer dagegen ist



Aufwertung für die kleinen Sparer und Rentner

Aufwertung für Wilhelm, den Holzhacker und Filmschauspieler

Geleitegeier über den Monarchisten

Gebt den Fürstenknechten den Rest: Der Volksentscheid für entschädigungslose Fürstenenteignung muß die Hauptfinanzquelle der Konterrevolution verstopfen

Wir sind in der Lage, folgende **Originalbriefe** zu veröffentlichen.

Deutschnationale Volkspartei,
Ortsverein halle-Saalkreis.

Euer Hochwohlgeboren!

Am 15. Mai, 11. September und 17. Oktober übersandte die Deutschnationale Volkspartei, Ortsverein Halle, ein Schreiben mit der herzlichen und dringenden Bitte, Sammlung eines größeren Geldbeitrages dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Reichsparteien gerade im roten Bezirk Halle-Merseburg für die kommende schwere Notzeit der politischen Lage gewährleistet werde. Von vielen Firmen haben wir Antwort oder doch wenigstens eine Antwort bekommen, von Ihnen aber leider noch nichts gehört.

Wir hoffen, daß sei unserem letzten Schreiben auch die Not unserer großer geworden ist. Im Interesse der Fortführung der Arbeit jedoch und im Interesse der uns nahestehenden politischen Kreise und besonders der Geschäftsleute glauben wir, nochmals versucht lassen zu dürfen, um die Mittel für diese Arbeit aufzubringen. Die Provinziallandtagswahlen haben uns unsere Seite sich selbst Schaden zufügt, in bezug auf die roten Mehrheiten kommenden Steuern usw., wenn es nicht aufbietet durch Arbeit und Geldopfer, um diese bedauerliche Interesselosigkeit für die Zukunft zu verhindern.

Die Deutschnationalen als stärkste Partei haben in der kommenden Zeit die Pflicht, in erster Linie gegen umkürzlerische Bestrebungen von seiten der Linken zu kämpfen. Deshalb erfüllen auch Sie Ihre Pflicht, und tragen Sie zur Finanzierung dieses Kampfes bei, Sie helfen sich selbst damit. Einen Zeichnungsschein gestatten wir uns beizufügen.

Mit deutschem Gruß!

Deutschnationale Volkspartei,
Volksverein Halle-Saalkreis.
1. Vorsitzender gez. Weise.
Geschäftsführer gez. Poche.

Großloden (Kr. Guhrau), 20. Januar 1926.

In einer Sitzung des Arbeitgeberverbandes verlas Herr Amtsrat von Bernuth ein Rundschreiben des Vorstandes des Stahlhelms (von Oberschlesien), in welchem dieser die außerordentliche Notlage dieser Organisation schildert und dringend um Hilfe bittet. Es gilt, eine bedeutende, drückende Schuldenlast umgehend zu schildern, wozu die Mitwirkung aller Freunde des Stahlhelms notwendig ist. Es bedarf wohl keines Hinweises darauf, daß es nicht nur eine nationale Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes ist, sondern auch zweifellos in unser aller (insbesondere der Grundbesitzer) persönlichem Interesse liegt, die Stahlhelmvereinigung vor Zusammenbruch zu bewahren und weiter aufrechtzuerhalten. Die heutige Versammlung hat mich daher beauftragt, an alle Nationalgesinnten die dringende Bitte zu richten, baldmöglichst einen Beitrag für die Stahlhelm-Organisation zu spenden.

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Das Mittelalter steigt aus der Fürstengruft

Ein Aufruf an den deutschen Adel für den fürstlichen Milliardenraub am deutschen Volke

Den **deutschnationalen Fürstenknechten** wird schwül. Sehr schwül sogar, denn die Bewegung für entschädigungslose Enteignung erfaßt auch die Kreise der deutschnational orientierten Arbeiter und Kleinbürger. In ihrer Not rufen sie also nach neuen Helfern und — siehe da — auf mittelalterlichen Krücken marschieren Herren von und zu auf und erlassen folgenden **„Aufruf an den deutschen Adel"** in der „Kreuzzeitung" (Nr. 85 vom 20. Februar):

„An den Hauptvorstand der deutschen Adelsgenossenschaft, des fürsten der deutschen adligen Verbände im Reiche, insbesondere den Herren Adelsmarschall, richten wir unterzeichneten anhaltischen und preußischen Edelfrauen und Edelleute hierdurch die dringende Bitte, unverzüglich einen außerordentlichen Adelstag nach Berlin einzuberufen. Dieser soll vor dem ganzen Lande einstimmig und rücksichtslos Einspruch gegen das Verbrechen erheben, das an seinen Fürsten begangen werden soll.

Wenn der deutsche Adel diese Ehrenpflicht nicht erfüllt, wenn er diejenigen, mit denen er in jahrhundertlanger, ruhmvoller Geschichte in Treue und Hingebung verbunden war, in ihrer jetzigen Bedrängnis verläßt, so ist er des adligen Namens nicht mehr wert.

(Es folgen Dutzende von Unterschriften „hochadliger" Herren.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0001

Die Lohnoffensive der Unternehmer im Bezirk Halle

Was tun die Gewerkschaften?

Halle, 23. Februar.

Die Lohnoffensive der Unternehmer, die im ganzen Reich fortschreitet und über die wir vielfach berichtet haben, setzt mit immer größerer Unverfrorenheit auch in unserem Bezirk, bzw. im Tarifgebiet Sachsen-Anhalt, ein. Die **Bergarbeiter** sind seit langem die am schlimmsten Ausgebeuteten, die tariflich mit 4,50 Mk. die Schicht nach Hause gehen, durch riesenhafte Abzüge und besondere Willkür in allen den Gruben, wo die gewerkschaftliche Organisation verlorengegangen ist, aber auch noch um diesen **Hungerlohn** gebracht werden. Die **Gemiendearbeiter** und verschiedene andere Berufe unterstehen Reichstarifen, die einer nach dem anderen gekündigt werden mit dem klar gestellten und offen ausgesprochenen Zweck, die heutigen Elendslöhne weiter abzubauen. Im **Baugewerbe** haben die zuständigen Gewerkschaften sich zu einer Vereinbarung verstanden, daß die Lohnabkommen jetzt überall bezirklich gekündigt werden können (um auch hier Lohnabbau vorzunehmen!) und sich für die Zeit, in der ein bestimmtes Abkommen läuft, verpflichten, keinerlei Kampfmaßnahmen zu treffen! Jeder weiß, daß die Unternehmer eine solche Situation sehr gut für ihre Abbau-Absichten auszunutzen verstehen. — In der **hallischen Zuckerraffinerie** haben wir gesehen, daß endlich einmal wieder eine Belegschaft sich zusammenfand zum Abwehrkampf gegen den in den Zuckerfabriken in ganz Deutschland diktierten Lohnabbau von 20 Prozent, und daß sie elend von der FAV.-Bureaukratie im Stich gelassen wurden. (Die Einzelheiten siehe im heutigen Betriebsteil der Zeitung.) Die hallischen **Steinsetzer** stehen im Kampf gegen Lohnabbau, und nun haben auch die **Metallindustriellen** den Tarif zum 6. März gekündigt, um die Löhne, wie auch sie es ganz offen aussprechen, zu kürzen.

Die Unternehmer fühlen sich dank der jahrelangen Hinnahme aller Willkür durch die Arbeiterschaft sehr stark. Sie fühlen sich insbesondere auch stark, weil sie genau wissen, wie zersplittert auch heute noch die Arbeiterschaft ist, und daß auf Grund der traurigen Wirtschaftslage und mit Hilfe der von ihnen gezüchteten Werkvereine, des Stahlhelms und der sogenannten Vaterländischen Arbeitervereine bei einem Kampf sich leicht Streikbrecher finden. Sie kennen auch die Spitzen der freien Gewerkschaften, die solche Kompromisse schließen, wie das im Baugewerbe geschilderte, und die, wie die Tolski und Senkpfeil vom Fabrikarbeiterverband, einen Dreck danach fragen, ob der Arbeiter im Elend versinkt oder im Kampfe einen Sieg oder eine Niederlage erleidet; die ferner die **Einheitskomitees** ablehnen und dadurch die größtmögliche Schlagkraft der Arbeiterklasse bewußt zu beeinträchtigen suchen.

Die Unternehmer haben für ihre Scharfmacher-Politik auch die passenden Theorien zurecht gemacht. Die bürgerlichen Zeitungen bringen fast täglich lange Aufsätze über „lohnpolitische Tagesfragen" und dergleichen mehr. Alle Theorien spekulieren darauf, daß der Arbeiter nur das eine Bestreben hat, aus der Zeit der Entlassungen und Betriebsstillegungen wieder herauszukommen, und daß er für dieses Ziel Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gern in Kauf nimmt. Das A und O ist, daß die Krise überwunden sei, daß der Absatz auf dem Weltmarkt wieder ungehemmt vor sich gehen könne, wenn durch niedrigere Löhne die Produktion verbilligt werde. Sie verschweigen wohlweislich, daß die auf diese Weise verbilligtere Produktion nur dazu dient, daß sie trotz Dawes-Leistungen und trotz der Zinsen, die die meisten von ihnen für ausländische Kredite zu zahlen haben, ihre Profite halten, daß sie **gar nicht daran denken, deshalb auch die Preise abzubauen,** zumindest nicht auf dem Inlandsmarkt. Es kommt aber noch hinzu, daß die Betriebsstillegungen zum Teil nur dem Zwecke der „Rationalisierung" dienen, d. h., daß technische Neuerungen getroffen werden, durch die Arbeitskräfte überflüssig werden, so daß **ein ständiges, großes Heer der Erwerbslosen bleibt.**

Und dieses Heer wird ständig bearbeitet werden, daß es als Lohndrücker und Streikbrecher sich hergeben soll.

Diese Betrachtung ergibt, wie dringend notwendig, gerade von der Seite der **gewerkschaftlichen Lohnpolitik** her, die engste Verbindung von Betriebstätigen und Erwerbslosen ist, und daß die Gewerkschaften unbedingt unter den Erwerbslosen auf den Arbeitsnachweisen arbeiten, öffentliche Erwerbslosen-Versammlungen und

Bezirks-Erwerbslosen-Kongresse

einberufen müssen, wie das in Delitzsch z. B. gefordert, aber vom Bezirkskartell des ADGB. in Halle (Wernicke) abgelehnt worden ist. Es zeigt sich, daß die Gewerkschaften, unter dem Gesichtspunkt ihrer Lohnpolitik, unbedingt bei den Entlassungen selbst eingreifen und, wenn die Unternehmer behaupten, die Produktion nicht aufrechterhalten zu können, sich an die Spitze des Kampfes

für die Nationalisierung dieser Unternehmern, unter Kontrolle der Arbeiterschaft

stellen müssen.

Aber nicht nur in der Frage der Erwerbslosennot haben bisher die ADGB.-Instanzen völlig versagt. Sie versagen, wie das Beispiel der Zuckerraffinerie zeigt, auch im **unmittelbaren Lohnkampf selbst.** Die wichtigsten Gesichtspunkte der Gewerkschaftspolitik sind:

Alle Betriebe der betreffenden Industrie müssen mobilisiert werden,

damit sie einer wie der andere sich zur Wehr setzen und keine Zersplitterung eintreten kann. Unter dem Gesichtspunkt des kommenden Lohnkampfes ist eine systematische

Werbeaktion für die freie Gewerkschaft

zu betreiben, möglichst die Arbeiter eines Betriebes in ein und denselben Verband, damit die größtmöglichste Geschlossenheit in der Kampfesführung gewährleistet wird. Die verschiedenen in Frage kommenden Verbände müssen **ein festes Kartellverhältnis** schaffen, damit sie in jeder kleinsten Frage denselben Kurs einhalten. Es ist genau darauf zu achten, daß im ganzen Gau und im Reich die Arbeiterschaft der betreffenden Industrie mobilisiert wird, um gegebenenfalls sofort in den Kampf einzugreifen.

Die Betriebsräte eines Konzerns

sind vor allem von der Gewerkschaft aus auch zusammenzunehmen und genau zu instruieren, damit sie gegenseitige Streikbrecherarbeit verhindern und nicht die eine Belegschaft gegen die andere ausspielen lassen, wie das bei den Zuckerfabriken in Halle, Rositz und Alten geschehen ist.

Die Ortsausschüsse des ADGB.

gehören an die Spitze der Kämpfe auch nur in einem einzigen Berufe. Sie können den Kampf ungeheuer stärken, wenn sie die Vorarbeiten getroffen haben, um die Unternehmer einer anderen Industrie, denen im Augenblick ein Betriebsstillstand unerwünscht ist, gegen die Scharfmacher der anderen auszuspielen. Die Gewerkschaftskartelle können vor allem auch viel machen, damit in der breiten Bevölkerung eines Ortes ein starkes Interesse an dem Kampf der bestimmten Gruppen wach wird und **eine allgemeine Kampfeinstellung gegen die Streikbrecher,** Werksgemeinschafter, Stahlhelmer usw. Platz greift. Hausfrauen-Versammlungen können einberufen werden zur Aufklärung, und viele andere praktische Kampfesmaßnahmen mehr.

Je aktiver die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen **in den freien Gewerkschaften mitarbeiten,** je mehr die einzelnen Betriebe auf dem Posten sind, desto sicherer ist, daß die provokatorischen Vorstöße der Unternehmer und mit ihnen der Luther-Regierung abgewehrt werden und die bis aufs Blut ausgesaugte deutsche Arbeiterklasse über ihre Unterdrücker Herr wird.

Wilhelm erhofft neue Reichtümer

Neuyork, 21. Februar.

Sämtliche hiesigen Blätter bringen unter ironischen Ueberschriften eine Meldung aus Doorn, daß der frühere Kaiser, da er die Hoffnung habe, bald große Reichtümer aus Deutschland zu erhalten, es aufgegeben habe, weiter die Rolle eines armen Mannes zu spielen. Eine Reihe von Empfängen und Galadiners stehen bevor, die die alte kaiserliche Zeit an Glanz noch übertreffen werden. Die gesellschaftlichen Veranstaltungen des Exkaisers und seiner Frau vollzögen sich im großen Stil, und sei der neuerliche Wechsel der Lebenshaltung in Doorn bemerkenswert.

Pleitegeier über den Monarchisten

(Fortsetzung von der 1. Seite)

Verschiedene andere Kreise, z. B. Lüben, haben namhafte Summen (man nannte gegen 3000 Mark) gebracht und abgesandt. Es wurde heute in Anregung geb..., daß die größeren Besitzer etwa 50 bis 100 Mk., die mittleren ... kleineren Besitzer etwa 20 bis 50 Mk. zeichnen möchten.

Auf beiliegender Karte bitte ich um baldige gefällige ...teilung, wieviel von Ihnen gespendet wird, auch wird gleich... gebeten, diesen Betrag dann baldmöglichst an die Kreis... Guhrau auf Konto „Stahlhelm-Schlesien" gütigst einzuzahlen.

Sobald die Sammlung abgeschlossen ist, wird von mir Quit... geleistet und der Betrag an den Stahlhelm-Vorstand abge... werden.

Notiz. Bisher haben gezeichnet bzw. gezahlt:

1. v. Winterfeld, Bronau 100 Mk.

2. v. Gossier, Schätz 50 Mk.

3. v. Lucke, Großkloden 40 Mk.

J. A.: v. Lucke, Großkloden.

*

Diese beiden Bettelbriefe, die uns der bekannte günstige Wind auf den Schreibtisch wehte, sind bezeichnend genug für, daß **es in den Massen der bis jetzt deutschnational ein... stellten Volksteile allmählich zu tagen beginnt.** Der Schwindel, den die sogenannten Nationalen getrieben haben, ...besondere ihr **Aufwertungsbetrug an den kleinen Spar... und Rentnern,** übt seine Wirkung aus. An den „Retter" **Hindenburg** glaubt auch kein Mensch mehr in den mit nationalistischen Phrasen überschütteten Kleinbürgermassen, **...dem dieser selbe „Nationalheros" in Locarno** mit der Entente **seinen Frieden geschlossen hat.** Und vollends die deutsch**nationale Schamlosigkeit, für die Milliardenforderungen ... feige ausgerissenen Fürsten einzutreten,** ist das beste Mittel, **vor den breitesten, bisher national eingestellten** Massen, das **schändliche Wesen des Monarchismus zu entlarven.**

So ist es kein Wunder, daß sich die monarchistischen Drahtzieher heute in erhöhtem Maße an ihre „Freunde und Gönner" wenden müssen, um auch nur ihre Organisationen ...recht erhalten zu können. Und es ist bezeichnend: während die **allerärmsten Volksschichten, während die Proletarier** die ...**ten finanziellen Opfer bringen, für ihre Partei** und für den **Volksentscheid, halten die reichen „Nationalen"** ihre Taschen **zugeknöpfter als je, denn sie sind immer nur** „patriotisch" **dann, wenn es sie selbst nichts kostet.**

Es ist aber notwendig, in diesem Zusammenhang gegenüber unseren **Klassengenossen in der Sozialdemokratie** ein... Worte zu sagen. Den sozialdemokratischen Arbeitern wird ... auffallen, wie in dem Bettelbrief der Deutschnationalen Volkspartei Halle-Saalkreis **kein Unterschied** gemacht ... **zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten,** sondern ... man allgemein **„gegen die umstürzlerischen Bestrebungen ... Linken"** vom Leder zieht.

Ist das nicht ein Beweis dafür, daß wir recht daran ... **immer wieder und immer wieder die Einheitsfront** des ...**lichen Kampfes gegen die monarchistische** Reaktion zu ...**dern?** Und ist es nicht ein Verbrechen von seiten der ... demokratischen Parteileitung, ausgerechnet in diesen Ta... im Provinzialausschuß unserer Provinz einen Kuhhandel ... diesen „Nationalen" gemacht zu haben dergestalt, daß ... **Deutschnationalen und Völkischen die Wahl** Hörsings, ... **die sozialdemokratischen Abgeordneten die Wahl** des völ... **Grafen Posadowski in den Reichsrat ermöglicht** haben?

Wir erfüllen nur **unsere Klassenpflicht,** wenn wir ... sozialdemokratischen Arbeiter auffordern, **gegen diesen** Kl...**senverrat sich zu wenden, überhaupt jede Koalitions**pol... **ihrer Führer mit dem Bürgertum zu verhindern** und mit ... **kommunistischen Arbeitern zusammen von** unten her ... **proletarische Einheitsfront zu schließen.**

Geschieht das, dann wird der Dalles bei den Deutschnationalen, Völkischen, Stahlhelmern und sonstigen Für...knechten noch größer werden, und **dann sind auch** die ...**sichten des Volksentscheides die allerbesten.**

Die Freude des „Landesvaters"

1950 tote „Landeskinder" bringen dem „Landesvater" 643 500 Gulden ein

Im 18. Jahrhundert verkauften bekanntlich die „von Gottes Gnaden" ihre Landeskinder kompagnieweise an jeden anderen kriegführenden Staat, der ihnen gutes Geld dafür zahlt. Zur Illustration der damaligen Zustände diene nachfolgender Brief des Landgrafen von Hessen-Kassel, den er an den Oberbefehlshaber der an England verkauften hessischen Truppen in Amerika am 8. Februar 1777 sandte:

„Baron Hohendorff! Ich erhielt zu Rom bei meiner Zurückkunft von Neapel Ihren Brief vom 27. Dezember letzten Jahres. Ich ersah daraus mit unaussprechlichem Vergnügen, welchen Muth meine Truppen bei Trenton entfalteten, und Sie können sich meine Freude denken, als ich las, daß von 1950 Hessen, welche in dem Gefecht waren, nur 300 entkamen. Da wären denn gerade 1610 gefallen, und ich kann nicht genug Ihre Klugheit empfehlen, eine genaue Liste an meine Bevollmächtigten in London zu senden. Diese Vorsicht wird um so mehr nötig sein, als die mir von dem englischen Minister zugesandte Liste aufweist, daß nur 1455 gefallen seien. Auf diesem Wege sollte ich 160 050 Gulden verlieren. Nach der Rechnung des Lords von der Schatzkammer würde ich bloß 483 450 Gulden bekommen, statt 643 500. Sie sehen wohl ein, daß ich in meiner Forderung durch einen Rechenfehler gekränkt werden soll, und Sie werden sich die äußerste Mühe geben, zu beweisen, daß Ihre Liste genau und seine unrichtig sei. Der britische Hof wendet ein, daß 100 verwundet seien, für die sie nicht den Preis von Toten zu bezahlen brauchten. Erinnern Sie sich daran, daß von den 300 Lacedämoniern welche den Paß bei Termopyla verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich das von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Major Mindorff, daß ich außerordentlich unzufrieden mit seinem Benehmen bin, weil er sein Bataillon gerettet habe; während des ganzen Feldzuges sind ja noch nicht zehn von seinen Leuten gefallen!"

Die Nachfahren dieses „Landesvaters", die depossedierten Landgrafen von Hessen, verlangen jetzt nicht nur von den „braven Hessen", sondern von den Millionenmassen der deutschen Werktätigen gute Gelder für ihre „Ansprüche", mit ihnen die gesamte Fürstenbande. — Diesmal wird ihnen das deutsche Volk einen dicken Strich durch ihre Guldenrechnung machen!

Es wird immer schöner —

Ein außerehelicher Streich des Oldenburger Großherzogs vor 300 Jahren soll „abgefunden" werden

Die „Leipziger Volkszeitung" läßt sich aus Oldenburg schreiben: „Einen recht interessanten Beitrag zum Kapitel Fürstenabfindung liefert eine Auseinandersetzung zwischen dem oldenburgischen Staat und den Erben des holländischen Grafen Bentinck von Anno dazumal. Diese geradezu kurios anmutende Sache hat folgenden Hintergrund: Vor einigen Jahrhunderten zeugte ein Vorfahr der letzten oldenburgischen Fürstendynastie ein Kind außerhalb seiner Ehe. Dieser illegitime Sproß wurde standesgemäß ausgestattet, und im Jahre 1854 wurde den Erben dieses Kindes bei der Auseinandersetzung zwischen Staatsvermögen und Fürstenrecht ein Summe von drei Millionen Mark zugesprochen. Dafür verzichteten die Bentincks (bei deren einem bekanntlich Wilhelm II. sein erstes Flüchtlingsdomizil fand) auf die ihnen bis 1954 zur Nutznießung überlassene Grafschaft Varel. Durch die Geldentwertung der Inflationszeit sind nun auch die drei Millionen der Bentinck-Hypothek arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Im Höchstfalle würde sie nach den gesetzlichen Bestimmungen mit 25 Prozent aufgewertet und danach mit drei bis fünf Prozent bis zum Jahre 1932 verzinst werden müssen. Nach berühmten Mustern genügt das den fraglichen Gläubigern des Staates nicht; sie wollen angeblich eine hundertprozentige Aufwertung. Kurz und gut: für die sexuellen Seitensprünge eines seit drei Jahrhunderten in seiner Gruft liegenden Landesvaters soll also der oldenburgische Staat auch weiterhin die Drei-Millionen-Forderung der Bentincks anerkennen.

Wilhelm der „Geistige"

Aus dem Kadettendrill kam Wilhelm auf das Gymnasium in Kassel, wo er zwei Jahre verbrachte. In dieser Zeit schrieb sein Erzieher Hinzpeter an einen Freund: **„Sie ahnen nicht,** in welchen **Abgrund ich geblickt habe!"** Später sagte er, der Kaiser (Wilhelm II.) habe die erste Pflicht des Herrschers, das Arbeiten, **niemals gelernt. Als** Wilhelm mit 18 Jahren das Gymnasium verließ, erreichte er nur den 10. Platz unter 17 Abiturienten und noch das Prädikat „genügend".

„Angesichts der **mangelnden Reife sowie der Unerfahrenheit** meines ältesten Sohnes, verbunden mit seinem Hang zur **Ueberhebung wie zur Ueberschätzung,** muß ich es für geradezu gefährlich bezeichnen, ihn schon jetzt mit auswärtigen Fragen in Berührung zu bringen." Mit diesen Worten suchte im Herbst 1886 der Kronprinz die Beschäftigung Wilhelms im Auswärtigen Amt zu verbieten.

Als es (Wilhelm war schon Kaiser) galt, deutsch-russische Verträge zu erneuern, beschäftigte die Kriegsgefahr den Großen Generalstab. Von Wilhelms Kritik an den taktischen Aufgaben des Generalstabes berichtet Graf **Waldersee:** „Leider machten seine Ausführungen einen sehr **dürftigen Eindruck.** Jeder der zahlreichen Anwesenden empfand die **Unrichtigkeit und Unreife** seiner **Ansichten; es war daher sehr bedauerlich, daß der Kaiser** in **Ueberschätzung seines Wissens** sich so bloßstellte."

Nach dem Kaisermanöver 1890 sagte **Waldersee** als Chef des Generalstabes von Wilhelm: „Er wünscht immer zu siegen und nimmt daher eine gegen ihn ausfallende Entscheidung des Schiedsrichters übel. **Seine Dispositionen waren entschieden schlecht.** Wollte er im Kriege das Kommando führen, nicht bloß formell, **es gäbe ein Unglück."**

1906. — **Wo** nimmt man in modernen Zeiten als Halbgott die Embleme **der** Gottheit **her?** Alexander konnte sich noch zum Sohne Jupiters **erklären, aber** Napoleon sagte, jedes Fischweib würde ihn bei solchen Versuchen auslachen. Wie wird man also Kaiser Wilhelm II. Feldmarschall? Als er sich zur Zentenarfeier **selber zum Generalfeldmarschall macht,** gibt er an: „Wilhelm I. habe ihn als Traumerscheinung dazu ernannt."

Und diesem Kerl soll das werktätige Volk dreihundert millionen schenken?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0002
DFG

…an war nicht immer so zimperlich

…er Junker Bismarck: „Wer die Macht hat, hat das … Ich setze Fürsten ab, wenn mir's paßt, und nehme ihr … zu meinen Zwecken.“

Zur Behebung der Wohnungsnot auf dem Lande

…nträge der kommunistischen Reichstagsfraktion

…s der traurigsten Kapitel auf dem Lande, insbesondere für …ndarbeiterschaft, bildet die Wohnungsfrage. Um hier Abhilfe …ffen, hat die kommunistische Reichstagsfraktion am 18. Fe… …olgenden Antrag gestellt:

…er Reichstag wolle beschließen:

…r Verminderung der Wohnungsnot und Schaffung gesund… …d einwandfreier Wohngelegenheiten für die Arbeiter in den …emeinden stellt das Reich im Jahre 1926 für den ersten Ab… …t eines mehrjährigen Bauprogramms 50 Millionen RM. …rstellung von 5000 Wohnungen zur Verfügung.

…e Ausführung des Wohnungsbaues und die Verwaltung der …tten Wohnhäuser wird den Kreisen bzw. Kommunal… …nden übertragen. Diese haben Anträge des Deutschen Land… …rverbandes zum Bau von Landarbeiterwohnungen vor… …eise zu berücksichtigen.“

…eichzeitig wandte sich die kommunistische Reichstagsfraktion …s Werkswohnungswesen und stellte folgenden Antrag:

…er Reichstag wolle beschließen:

…rkswohnungen, insbesondere für landwirtschaftliche Arbeiter, …liegen den allgemeinen Bestimmungen der Mieterschutzgesetz… …. Für Werkswohnungen ist, gesondert vom Arbeitsvertrag, …rtäglicher Mietzins zu vereinbaren. Arbeitsverträge, die …e Vorschrift nicht genügen, sind ungültig und geben dem …nehmer keinen Anspruch auf Mietzahlung für die Dauer der …sovertraglosen Zeit.“

…e gesamte Landarbeiterschaft wird diese Anträge be… …. Die DLV.-Mitgliedschaft muß insbesondere von …Organisation fordern, daß sie mit allem Nachdruck die …ührung obiger Anträge verlangt.

…mokratischen Wähler für entschädigungslose Fürstenenteignung

…ie demokratische Parteileitung in der Zange

…r dieser Ueberschrift sieht sich die Berliner „**Vossische Zeitung**“ … vom 21. Februar, 6. **Beilage**) gezwungen, einen ihr zu… …n Brief zum Abdruck zu bringen. Er lautet folgender…

Schlaupp P. Winzig (Schlesien), 12. Februar.

An die Redaktion der „Vossischen Zeitung“.

…Frage der Fürstenabfindung:

…dürfte der „Vossischen Zeitung“ ebensowenig wie den offi… …Parteistellen der DDP. unbekannt sein, daß ein Teil der …atischen **Wähler** — und sicherlich kein kleiner — in der …der Fürstenabfindung **einen anderen Standpunkt vertritt** …ie **Parteileitung.** Die schönen und durchaus lesenswerten …sätze in den Spalten Ihres Blattes — ich denke z. B. an …m Häntschel — und alle Reden v. Richthofens ändern an …Tatsache gar nichts. Wo man bei Parteifreunden diese Frage …, man findet fast **überall Stimmung für den Volksent…** … Niemand stößt sich daran, daß **Kommunisten** und Sozial… …aten die Führung in Sachen der Abstimmung in die …genommen haben, sondern man ist froh darüber, daß endlich …on einer Seite her klare und entschlossene Entscheidung …geführt wird. Mag diese Entscheidung in der beabsichtig… …form manche Härte in sich tragen, sie steht dem Volks… …en sicher näher als alle langsamen Versuche, zu einem …gewogenen Kompromiß zu kommen. Restlose Befriedigung …s weder so noch so geben, ein Teil **wird** immer glauben, …eiligt zu sein.

…er hegt nicht die Befürchtung, daß bei einem Kompromiß, …die Deutschnationalen zustimmen, der **Benachteiligte das** Volk ist? **Wer will** sich getrauen, die rechte Wahl… …über das Ergebnis der Stimmzahlen bei einem Volks… …vorher aufzustellen? **Die Millionen der Kommunisten** …ozialdemokraten **werden stark anschwellen.** Wahlparolen …ürgerlichen“ Parteien **werden** nichts helfen, Hundert… …e und aber Hunderttausende werden sich nicht scheuen, in …Falle mal **nicht „bürgerlich“ zu wählen.** Auch Terroris… …n wir hier im Dorfe zur Genüge kennen, wird da nichts …

…Entscheidung, „Soll ich lieber die Zeche bezahlen oder die …“, ist so primitiv und berührt unmittelbar den eigenen …el, daß man auch um die Stimmabgabe des in diesem …besonders empfindlichen Landbewohners, mag er auch …deutschnational sein, nicht allzu besorgt sein darf.

Fritz Brendel, Volksschullehrer.

Landsberg-Rede in Magdeburg

…ntag sprach **Landsberg** in **Magdeburg** in einer öffent… …ersammlung, die hauptsächlich von SPD.- und Reichs… …gliedern besucht war. Landsberg trat zwar für den …scheid ein, **verteidigte aber gleichzeitig die Mitarbeit der** …n bürgerlichen **Kompromißantrag.** Dieser enthält nach …Meinung beachtliche Punkte, denen man ohne weiteres zu… …könne. Ein Volksentscheid für das ganze **Reich** hat den …, daß 1. die Hansastädte mit abstimmen müßten, die aber …enansprüchen nichts zu tun hätten und 2. die süddeutschen …, die sich in einer Form mit ihren Monarchen verglichen …en, die nichts einzuwenden sei. Eine **Annahme des demo… …Antrages** mit einer nötigenfalls länderweisen Volks… …ung **hätte den Volksentscheid überflüssig gemacht.** …berg verlas einen **Brief des Exkaisers an die Regierung** …sbeauftragten, worin Wilhelm die Herausgabe seines …tums verlangte. Landsberg knüpfte daran die Bemer… …Volksbeauftragten hätten sich wegen Wilhelm ihres …ms geschämt.

„Ein Jahr Wehrwolf“

Enthüllungen des früheren Wehrwolfführers Robert Koch, Stettin

Uns fliegt eine Broschüre „Ein Jahr Wehrwolf“, verfaßt von einem Herrn Robert Koch, dem ehemaligen Pressewart und Organisator im Landesverband Pommern des „Wehrwolf“, erschienen im Aigs-Verlag, Wien, auf den Schreibtisch. Wir veröffentlichen nachfolgend nur einige Stellen, und zwar wörtlich, aus dieser Broschüre. Ein Kommentar zu den Ungeheuerlichkeiten erübrigt sich. Nicht nur jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, sondern schlechthin jeder anständige Mensch wird sich von einer Organisation, in der solche Dinge möglich sind, mit Ekel abwenden. Es ist klar, daß es in den anderen sogenannten vaterländischen Verbänden wie Stahlhelm, Jungdo usw. auch nicht viel besser aussehen wird.

Für alle Werktätigen, die sich bisher durch die „nationalen“ Redensarten dieser Herren Führer vom Schlage der in der Broschüre „Ein Jahr Wehrwolf“ Genannten haben irreführen lassen, gilt die Parole: Heraus aus diesem „vaterländischen“ Sumpf! Her zu der Klassenfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Schwarzweißrote Intrigen

Ich knüpfe Unterhandlungen mit den Herren **Thomas** und **Krause** an, den „Führern“ des **Schlageterbundes** in Pommern, bei dem ich auch schon verschiedentlich als Redner gewirkt hatte. Leider mußte ich hier sofort das erfahren, was mir später fast täglich verschärft vor Augen trat:

daß die ganze aufgeblähte schwarzweißrote Kampfbewegung nur aus Intrigen der unendlich vielen kleinen und kleinsten Führer besteht.

Krause lag mit Thomas in schwerstem Konflikt, sie schrieben sich die liebenswürdigsten Briefe, jeder behauptete vom andern, daß dieser ein **Lump** und **Idiot** sei, und daß er keinem neuen Verband beitreten könne, wo der andere Mitglied wäre. Jeder behauptete von sich, daß er der rechtmäßige Herr im Schlageterbund sei und alles hinter sich habe, und ließ es kühn und selbstbewußt zu einem „öffentlichen Bruch“ mit mir ankommen, wenn ich nur ein Wort mit dem anderen sprach.

Vaterländische Diebereien

Die unerhörten Intrigen zwischen den beiden „Führern“ hatten die Schlageterbündler in alle Winde zerstreut, und die Lützower wollten doch wohl lieber ganz „unter sich“ bleiben, da ihr „Führer“ so wohl noch öfter zu einem **billigen Taschengeld** zu kommen hoffte. Von einem „Kundigen“ erfuhr ich nämlich, daß dieses „Jugendkorps“ erst kurz vorher eine „Uebung“ am Ostseestrande gemacht habe, wobei das **Geld für die Dampferrückreise** vorher **dem Vorsitzenden zu getreuen Händen** übergeben war. **Doch als man zurück wollte, da war der Säckel leer.** Solche Sachen kommen nun zwar in der „heiligen vaterländischen Bewegung“ viel vor, sie erschüttern aber meist die Stellung der „Führer“ durchaus nicht. —

„Nationale“ unter sich

Die Wehrwolfleitung scheute nicht davor zurück, einen Schreiber im Stahlhelmbureau zu veranlassen, ihr „Material“ zu liefern, mit anderen Worten: **ein „nationaler“ Verband bespitzelte in gemeinster den anderen.** Echte schwarzweißrote Brüder.

Verbindung mit der Reichswehr

Alles, was in der schwarzweißroten Bewegung geschieht, hat **persönliche, fast nie sachliche Gründe.** Und so auch eine gewisse Stellungnahme, welche die **maßgebenden Kreise** der **Reichswehr** in Stettin gegen den Stahlhelm und den NDO. (Nationalverband Deutscher Offiziere. D. Red.) hatten. Abgesehen davon, daß **Dr. Eichbaum mit verschiedenen einflußreichen Offizieren gute private Beziehungen unterhielt,** die er sich **manche Flasche Wein kosten ließ,** stießen sich aus mir allerdings unbekannten Gründen viele Reichswehroffiziere an der Person des **Major a. D. Böhmer,** des 1. Vorsitzenden im NDO., und der **Major Wagner,** der besonders kompetent war, sagte dem **Major a. D. v. Othegraven,** gegen den bekanntlich u. a. das Verfahren wegen Veruntreuung von Mitgliedsbeiträgen schwebte, sogar nach, daß dieser in der **sächsischen Orgesch riesige Unterschlagungen** gemacht und sich nur dadurch dem Griff des Strafrichters entzogen haben soll, daß er **gedroht** hatte, in diesem Fall **interne Angelegenheiten zu verraten.** —

Eine „heilige Handlung“

Hier **möchte** ich noch eine kleine Sache einflechten, die an sich so harmlos und nebensächlich erscheint, und die doch so unendlich charakteristisch ist. Infolge des während der „heiligen Handlung“ **reichlich genossenen Alkohols** war am folgenden Morgen schwere Krisenstimmung im Hause des Herrn Ortsgruppenkommandeurs. **Das erste mächtige Schnarchen;** ich atme erleichtert auf.

Schon will ich leise hinausgehen, um den aufsteigenden Ekel in der lachenden Sonne loszuwerden, da klopft es, und **ein Totenkopfjünger tritt herein. Am liebsten hätte ich in** diesem Augenblick ihn und die ganze frischgebackene Orts**gruppe mit einem ehrlichen Fluch in den äußersten Winkel der Hölle verbannt.** Zu spät. **Das stiere Auge hebt sich,** und **kaum sieht es den „Untergebenen“,** da steigt der Führerstolz empor. Sich mühsam am Tisch aufrichtend, nimmt er die **weltbewegende Meldung entgegen:** „Unten steht der und der, der sich im Wehrwolf aufnehmen lassen will. Er traut sich aber **nicht** hoch.“ Ein matter Glanz des Triumphes huscht über das stumpfe Auge. Noch einer mehr. Er soll sofort **raufkommen.** Ein schwächliches Jüngelchen von kaum fünfzehn Jahren tritt schüchtern ein. Mit **weinerlicher, trunkener Stimme wird** dem Knaben, der vor Ratlosigkeit laut zu weinen anfängt, die „gewaltige Sendung“ des Wehrwolf auseinandergesetzt, worauf er, der vor fünf Minuten vielleicht zum ersten Male den Namen des Verbandes gehört hat, einen „heiligen und schweren Eid“ vor dem **schwankenden „Führer“** ablegen muß. Aengstlich weinend schleicht er darauf hinaus; der andere triumphiert, daß er bald prozentual die stärkste Ortsgruppe in Deutschland haben werde; ich aber wende mich voll Entsetzen ab und schaue aus dem Fenster und in die Sonne. —

Geld nur für — Jungfrauen

Damals wurde mir gerade von dem Landesführer mitgeteilt, daß **ein reicher Gönner der Bundesleitung 50 000 Mk. zur Verfügung gestellt** habe, und daß schon wochenlang die Opfergruppenleiterin, **Fräulein Becker,** in Mecklenburg mit dem Aufziehen von Frauengruppen hauptamtlich beschäftigt war. **Merkwürdig, daß in einem sogenannten Kampfverband für die Frauengruppen mehr Geld übrig war, als für die Frontkrieger- und Jungmannengruppen.**

Die „Hochzeitsreisen“ der syphilitischen Ortsgruppen eiterin

In jenen Tagen nun erhielt ich zu meiner Ueberraschung von einem mir unbekannten Herrn aus **Neustrelitz** ein Schreiben, worin er mir geradezu unglaubliche Angaben machte über die Rolle, die die Opfergruppenleiterin **Fräulein Becker** im Wehrwolf spielen sollte, und daß sie bald in Stettin erscheinen werde.

Diese Leiterin der Wehrwolf-Frauengruppen hatte sich schon während der ersten Anwesenheit in Stettin gerühmt, **daß sie nur darum agitatorisch tätig sei, weil sie ein intimes Liebesverhältnis zu dem Bundesführer Kloppe habe.** Sie **habe schon verschiedene „Hochzeitsreisen“ mit ihm gemacht.** Zwar bemühe sich im Augenblick jemand anders um sie; aber **sie liebe nur Fritz Kloppe, da nur er ihr geistig gleichkomme** (ein sehr zweifelhaftes Lob). Und im selben Atemzug erzählte diese merkwürdige Walküre ganz ungeniert, daß sie schon seit drei Jahren von ihrem ersten Bräutigam her, mit dem sie „auf Reisen“ ihr ganzes Vermögen ausgegeben habe, **syphiliskrank und dauernd in Salvarsanbehandlung sei. Aus Mecklenburg habe man sie zwar wegen „Unregelmäßigkeiten“ hinausgeworfen,** doch habe sie bei der Bundesleitung in Halle, bei Kloppe also, ein „Disziplinarverfahren“ gegen sich beantragt.

Das Unglaubliche trat ein: Bei vollem Wissen des Geschehenen gestattete die Landesleitung Pommern-Mecklenburg (jetzt „Ostsee“) und die Ortsgruppe Stettin dem Frl. Becker, sich hinzustellen und den **„deutschen Schwestern“** von **„heiliger germanischer Keuschheit und Reinheit“** zu sprechen. Daß die vielen erwarteten „Schwestern“ nicht erschienen waren, war gut; daß aber die Worte der mit fliegenden Haaren und sprühenden Augen heftig gestikulierenden „Jungfrau“ nur den anwesenden Jungleuten zur heimlichen Belustigung dienten, war boshaft. —

Auch Dauer bestätigte mir, daß **schon einmal wegen der Liebesgeschichte Kloppe-Becker ein Ehrengericht getagt, ihn** aber **freigesprochen** habe. Muß das schon ein **Verbandsskandal** gewesen sein, wenn ein „Ehrenhof“ sein besänftigendes Oel streuen muß! —

Das Schlußurteil

Diese sogenannte „vaterländische“ Bewegung, die nur auf dem **Ehrgeiz einiger großer Drahtzieher** und **Hunderte kleiner „Führer“** aufgebaut ist, wird sich nie ändern. Sie hat sich in den fast drei Jahren, in denen ich in ihr arbeitete und bis in die höchsten Stellen durchblickte, **nicht vom Schmutz befreien können,** sie wird es auch in diesen Formen nie können; denn **das, was sich heute mit so heiligen Namen schmückt, ist alles andere als wirklich national.** Es ist nur ein Ränkespiel um Macht zur **rücksichtslosen** Befriedigung eines persönlichen Ehrgeizes. — — —

In der Diskussion stellte Genosse Eildermann unter tosendem Beifall fest, daß **dem deutschen Volke mit einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten im Jahre 1918 mehr gedient gewesen wäre, als mit ethischen Gefühlen.** Redner verwies auf den Zickzackkurs des SPD.- und ADGB.-Vorstandes, die erst den Volksentscheid abgelehnt und verhöhnt und unter dem stärksten Druck der eigenen Mitgliedschaft mit den Kommunisten gemeinsam den Gesetzentwurf eingebracht hätten. **Verhandlungen mit dem Bürgertum über ein Kompromiß bedeuten in dieser Situation, den Sieg des Volksentscheids aufs Spiel setzen.** Genosse Eildermann endete unter demonstrativer Zustimmung mit der Aufforderung: **Gegen die Fürsten und ihre Lakaien die Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land!**

Kleine politische Meldungen

Wahlerfolge der französischen Kommunisten

(TU.) **Paris, 22. Februar.**

Die gestrige Ersatzwahl zu den Provinzialgemeindevertretungen hat im allgemeinen einen Sieg der Linken gebracht. So wurde der frühere Finanzminister Marsalle von dem Kandidaten des Linkskartells geschlagen. Bemerkenswert ist der Wahlsieg der Kommunisten. Besonders in einem Pariser Bezirk, in dem die Radikalsozialisten fast 3000 Stimmen verloren haben.

*

Das „**Volksblatt**“ und der „**Volksbote**“ brachten noch vor kurzem in großen Lettern auf der ersten Seite einen Bericht, daß die französische Partei „bis zum Skelett abgemagert sei“ und „absterbe“. **Es ist bedauernswert für die deutschen Sozialdemokraten, daß ihre Hellseherpolitik jedesmal ins Wasser fällt. Ob die sozialdemokratischen Arbeiter nicht allmählich hinter diesen Schwindel ihrer Blätter kommen?**

Der Zerfall der englischen Liberalen — Neue Uebertritte zu den Konservativen

(TU.) London, 22. Februar.

In Liverpool sind jetzt wieder hervorragende liberale Politiker zur Konservativen Partei übergetreten. Man rechnet damit, daß noch eine ganze Reihe von prominenten liberalen Politikern und Parlamentariern nach rechts abwandern werden.

*

Der Zerfall der englischen Liberalen wird besonders unangenehm für den **rechten Flügel der Labour Party** sein, der von Macdonald repräsentiert **wird.** Die große Hoffnung der Macdonald-Clique in der Labour Party ist ein erneutes Wahlbündnis mit den englischen **Liberalen,** ein Bündnis mit diesen zur Niederhaltung der linken Opposition im eigenen Lager. Diese zukünftigen Bundesgenossen werden aber immer schwächer und laufen zu den Konservativen, wodurch eine wichtige Stütze des rechten Flügels der Labour Party abbröckelt.

Der Matteotti-Prozeß am 16. März

(TU.) **Rom, 22. Februar.**

Am Montagmorgen wurden in aller Stille die fünf Angeklagten des Matteotti-Prozesses nach Chieti transportiert, wo am 16. März endgültig der Schwurgerichtsprozeß beginnen wird.

Angriff der Rifleute auf Tetuan

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Tetuan: Den Rifleuten scheint es gelungen zu sein, ein Geschütz größeren Kalibers hoch oben auf den den Tetuan beherrschenden Berg zu schaffen. Am Sonnabendnachmittag fiel ein Schrapnell in die Hauptstraße des Europäerviertels zu Tetuan und explodierte. Sechs Personen wurden getötet und mehrere verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 167 081. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 6237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dettin. Mitgliederversammlung Donnerstag, 27. Februar, abends 9 Uhr, in der „Erholung". Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Nietleben. Mitgliederversammlung Freitag, 26. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne". Jedes Mitglied muß erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Delitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 24. Februar, abends 7¾ Uhr, im „Lindenhof". Thema: Unsere Märzaufgaben.
Bad Schmiedeberg. Große öffentliche Volksversammlung Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr. Referent: Genosse Otto Kilian, Halle.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Cröbeln. Große öffentliche Volksversammlung Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Holzweißig, Torgau.
Merzdorf. Große öffentliche Volksversammlung Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Holzweißig, Torgau.
Saathain. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Holzweißig, Torgau.
Marxdorf. Große öffentliche Volksversammlung Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referentin: Genossin Voigt, Torgau.
Beiersdorf. Große öffentliche Volksversammlung Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referentin: Genossin Voigt, Torgau.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag beteiligen sich alle Genossen am Soermus-Konzert. Karten sind zu haben bei den Funktionären der Proletarischen Tribüne.
Dienstag abend 6 Uhr treffen sich alle erwerbslosen Genossen in der Produktiv.
Halle. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Jugendsekretariat Bezirksleitungssitzung.
Donnerstag ½8 Uhr in der Produktiv Arbeitsabend für alle Zehnerführer.
Donnerstag 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Treffen aller Genossen, welche die Fortbildungsschule besuchen.
Donnerstag ½8 Uhr in der Jugendherberge Musikübungsstunde.
Freitag Gruppenabende. Gruppe Süd ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Gruppe Nord ½8 Uhr im „Volkspark". Jeder Genosse muß an den Gruppenveranstaltungen teilnehmen.
Sennewitz. Mittwoch, den 24. Februar, Unterhaltungs- und Liederabend.
Modelwitz. Mittwoch, den 24. Februar, Diskussionsabend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 24. Februar, abends ½8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Versamml. 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Sonstiges.
Lützen. Jeden Mittwoch im „Bürgergarten" Gruppenabend.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Dienstag, 23. Febr., abends 8 Uhr, im Jugendheim Unterhaltungsabend.
Kelbra. Dienstag, 23. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle" Mitgliederversammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Wittenberg. Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in der Friedericianus-Kaserne, Collegienstraße 62, öffentlicher Gruppenabend. Thema: „Das wahre Gesicht der Fürsten und die Fürstenenteignung." — Laut Beschluß der letzten Monatsversammlung wird die Kassierung in den Gruppenabenden vorgenommen. Zu diesem Zweck sind die Mitgliedskarten und Geld unbedingt mitzubringen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Naundorf b. Lauchhammer. Mittwoch, 24. Februar, abends ½8 Uhr, Antreten der gesamten Mitgliedschaft an der neuen Schule. Von dort nach Bockwitz zum Freidenker-Vortrag.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, den 25. Februar, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung.
Zeitz. Dienstag, 23. Februar, im Jugendheim Bericht von der Bezirkskonferenz. Unterbezirkskonferenz am Sonntag, dem 28. Februar, vormittags 10 Uhr, in Teuchern im „Grünen Baum". Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Versammlungen der Roten Hilfe

Dürrenberg. Dienstag, 23. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung.
Dürrenberg. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung.
Crossen. Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, b. Gen. Duft Mitgliederversamml.
Ammendorf. Donnerstag, 25. Febr., abends 8 Uhr, in der „Burg" Funktionärsitzung.
Zeitz. Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Zwintschöna. Sonnabend, 27. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Horn Gründungsversammlung.
Wittenberg. Freitag, 26. Febr., abends 8 Uhr, bei Freudenberg Mitgliederversamml.
Nietleben. Freitag, 26. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne" Vorstands- und Funktionärsitzung.
Greppin. Freitag, 26. Febr., abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt Mitgliederversamml.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Alle Beschwerden über unregelmäßige Kassierung der Einzelmitglieder sind mündlich oder schriftlich an Frau Bullmann, Georgstraße 11 I. zu richten.
Ammendorf. Dienstag, 23. Februar, 7 Uhr, im „Elstertal" Mitgliederversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film: Sein Mahnruf!

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Mitgliedskarten und Karteischeine sind sofort einzusenden.
Geldeinzahlungen auf das alte Postscheckkonto Artur Brandt dürfen auf keinen Fall mehr stattfinden, sondern bis auf weiteres per Postanweisung an Paul Döschner, Halle a. d. S., Gr. Klausstraße 16, desgleichen sämtliche anderen Postsendungen.

Ortsgruppe Halle

Heute abend ½6 Uhr Antreten der gesamten Mitgliedschaft auf dem Paradeplatz zur Abholung eines aus dem Gefängnis entlassenen Kameraden.
Abteilung 13. Heute abend 8 Uhr bei Hübner, Kurze Gasse, Abteilungspflichtversammlung.
Fahrscheine für die Fahrt nach Teutschenthal sind zum Preise von 70 Pfennigen bei den zuständigen Bezirksführern zu haben. Schluß der Geldeinzahlung 28. Februar.
Ortsvorstand, Werbebezirks- und Abteilungsführer. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung.

Jungfront

Fahrscheine nach Teutschenthal bei den Abteilungsführern.
Heute abend ½6 Uhr Antreten auf dem Paradeplatz.
Alle Abteilungsführer haben am Mittwoch, dem 24. Februar, in der Abteilungsführersitzung im „Volkspark" zu erscheinen.
Alle Kameraden, welche am Sprechchor teilnehmen, haben am Donnerstag zur Probe im „Volkspark" zu erscheinen.
Abteilung 7. Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, in der „Terrasse" Abteilungsversammlung.

Untergau Saalkreis

Alle Ortsgruppen, die zur Fahrt nach Teutschenthal sich der Ortsgruppe Halle anschließen wollen, müssen die Zahl der mitfahrenden Kameraden bis spätestens Mittwoch, 24. Februar, bei der Gauleitung melden. Alles weitere dann schriftlich.
Wettin. Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.
Zscherben. Alle Kameraden besuchen den Film „Sein Mahnruf" am Mittwoch in Nietleben. Antreten 7 Uhr bei Bolze.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Oberröblingen. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung. Regelung der Fahrt nach Teutschenthal per Auto. Fahrpreis 50 Pf.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Spielleute und Vorstand. Besonderer Umstände halber wird das Ueben mit dem Gauspielleiter auf Dienstag, den 2. März, verschoben.

Untergau Eilenburg

Eilenburg. Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, in der Veranda der „Stadthalle" Mitgliederversammlung. Bücher mitbringen.

Untergau Bitterfeld

Roitzsch. Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungfront. Dienstag, den 23. Februar, Funktionärsitzung. Treffen ½8 Uhr Rosalskuweg.
Weißenfels. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Antreten 7 Uhr Rosalskuweg. Referent: Rußland-Delegierter Kamerad Schettich spricht über seine Eindrücke in Rußland. Gäste haben Zutritt.
Langendorf. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, bei Lorbeer Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Kriegspolitik der Gewerkschaften.

Untergau Zeitz

Rasberg. Sämtliche Funktionäre Dienstag, 23. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung beim Kamerad Engelmann.
Zeitz. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Versammlung der Jungfront.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

EMPFEHLENSWERTE FIRMEN

Spezialhaus für Kakao, Schokolade Pralinen
Heinrich Schneider
Ammendorf
Regensburger Straße 4
Fernruf 220

Raucher von Ammendorf u. Umgebung
kaufen erstklassige Fabrikate in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken im
Zigarrenhaus Otto Keck
Tel. 68 Regensburger Str. 23 Tel. 68

Lipffert-Zigarren
sind die billigsten und besten
ebenso die
Konfitüren Abteilung
(Ecke Schachtstraße) ist sehr leistungsfähig
4 Verkaufsstellen
in Ammendorf

Neu eröffnet!
Pelze-Bräuer
Ludwig-Wucherer-Straße 28
Sealmäntel, Pelzjacken 125
Herrenpelze 200, Kolliers 25
Große Auswahl, Besatz, Felle
Umarbeitungen, Reparaturen

Lederwaren
sind immer
die besten Geschenkartikel
dieselben kaufen Sie am besten beim Fachmann
Max Fischer, Sattlermeister
Halle a. d. S., Mittelstraße 2
Rathausstraße 15 (im Jena-Stift)

Lichtspiele Ammendorf
Inhaber: Rudolf Lange
Spieltage:
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Zur Vorführung gelangen nur erstklassige Filme
Sonnabend u. Sonntag neues Programm

Holzpantoffeln
in Ia. Qualität und saubersten Ausführung. — Ferner
Holzschuhe und Filzschuhwaren
anerkannt beste Fabrikate
Reiche Auswahl, äußerste Preise
Otto Ladecke, Halle a. d. S.
Pantoffelfabrik
Mansfelder Straße 47
en gros Tel. 5874 en detail

Zigarren
aus eigener Fabrikation, preiswert und gut
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Außerdem empfehle ich noch meine reichhaltige Auswahl in
Zigaretten und Tabaken
Hermann Ziegra, Ammendorf
Zigarrenfabrik
Fernruf 10 Hallische Straße 15 Fernruf 10

Gasthof zum Elstertal
Ammendorf
Inhaber Fritz Reitzner
hält sich der werten Einwohnerschaft bestens empfohlen.
Täglich erstklassige Künstlerkonzerte

Sanitäts-Drogerie
Ernst Meyer
Ammendorf - Radewell
liefert billigst die besten
Schnäpse aller Art

Kaufhaus
Kurt Binnewies
Ammendorf
Arbeitsbekleidung
Damen- u. Kinder-Konfektion
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Zigarren, Zigaretten und Tabake
kaufen Sie billigst bei
Albert Rothe
Ammendorf
Regensburger Str. 32

Werbedrucke
Zeitschriften
Plakate / Karten
Rotationsdruck
Werke / liefert
Produktiv - Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 104[illegible]

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Halle a. d. S.
Drenhauptstr. 2 Fernspr. 4126
Drogen, Farben, Chemikalien, Parfümerien, sämtliche Artikel zur Krankenpflege, Kindernährmittel Tee, Kakaos, Toiletteartikel Seifen und Schwämme
Spezialität:
Streichfert. Oel- u. Lackfarben

G. Godehardt
Ammendorf
Spezial-Geschäft
für
Hüte u. Mützen
sowie sämtliche
Herren-Artikel

Lindners Gasthaus
Radewell
Inhaber: Ernst Lindner
Anerkannt
gutgepflegte Biere
Reiche Auswahl in
Weinen u. Likören
Beste Asphalt-Kegelbahn am Platze

Nottrotts Restaurant
Triftstraße 23
Empfehle der Arbeiterschaft meine Lokalitäten.
Für gutgepflegte Biere u. musikal. Unterhaltung wird bestens Sorge getragen
Jeden Sonntag:
Großes Preisskaten

Solide
Schuhwaren
kaufen Sie bei
August Pirl
Geiststraße 10

Restaurant
„Löfts Hof"
Merseburger Straße 54
empfiehlt sich allen Parteigenossen!
Otto Freundlieb

Waschgefäße
sowie
Reparaturen
sachgemäß und billigst
Böttcherei
H. Seifert
Burgstr. 8

Holz- und Metall-Bettstellen
Auflege-Matratzen
in jed. gewünscht. Ausführung
Stahldraht-Matratzen
jedes gewünschte Bettmaß innerhalb 3 Stunden lieferbar
Chaiselongues
Klubsessel
in verschied. Ausführungen und Preislagen
Puppenwagen zu billigen Preisen
Matratzen-Fabrik
O. Kasaler
jetzt Steinweg 37 (Ecke Jakobstr.)

Achtung!
Einen guten Kaffee
erhalten Sie bei
Hugo Schröter
Hirtenstraße, Ecke Lerchenfeldstr.
Eigene Kaffeerösterei

Seifen
aller Art in Riesenauswahl
Billigste Bezugsquelle
Paul H. Schulz
Großhandlung
Halle a. S., Hackebornstr. 2

M. Gotthel[illegible]
Halle a. S., Gr. Klausstr. [illegible]
empfiehlt
beste Qualitäten
Normalhemden
Barchenthemden
Strickjacken
Bettwäsche
Inlette
Schlafdecken
usw. usw.
zu allerbilligsten Preisen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Was lehrt uns der Kampf in der Halleschen Zuckerraffinerie

Ueber die Versammlung der Zuckerraffineriearbeiter am 21. Februar geht uns folgender Bericht eines Arbeiters zu:

Der Verlauf der Versammlung sollte nun endlich auch dem letzten Kollegen gezeigt haben, daß es n u r e i n s g e b e n kann, **hinein in die freien Gewerkschaften**, um endlich dort **Remedur** zu schaffen, bis hinauf in die obersten Spitzen. Eigentümlich berührte es schon, die Stelle des **Versammlungsleiters von dem Angestellten Gittel** (DMV.) **besetzt zu sehen.** Man hatte den Betriebsratsobmann bewußt ausgeschaltet, um mit ungehemmter **Bonzenschlauheit** vorgehen zu können.

Gittel hatte am Vorabend erfahren, daß es in dieser Versammlung allerlei Staub geben würde. Das hatte ihn dann wohl auch veranlaßt, die Versammlung selbst zu leiten. Und da man von vornherein Staub befürchtete, **war wohl auch das schwere Geschütz** in Gestalt von zwei Oberbonzen aus Magdeburg und Hannover aufgefahren worden. Gittel, Gröbel und Martin wollten nicht ganz allein aufgeholzt bekommen. So ließ man zuerst den **Gauleiter** Tolski von Magdeburg-Anhalt zu Worte kommen. Sein langatmiges Referat wäre zweckdienlicher gewesen bei der nächsten Tagung vor den Eskimos, als daß er versuchte, die hallischen Raffineriearbeiter einzuseifen. Das Bild, das Tolski hinterließ, mag seiner Auffassung nach vielleicht sogar noch r o t erscheinen, aber die Kollegen haben diesen Demagogen **wohl erkannt** und es war nicht einmal ein rosa Schimmer.

Als die hallischen Arbeiter der Raffinerie in den Kampf gingen, hatten sie bestimmt gerechnet, diesmal würde nun endlich die Phrase in die Tat umgesetzt. **Um so bitterer war die Enttäuschung,** zu denselben Bedingungen in den Betrieb zu gehen, wie sie hinausgegangen waren. Nicht allein das Abbröckeln der Kollegen ist schuld an dem Fiasko, sondern **voll und ganz liegt die Schuld bei den in Frage kommenden Gewerkschaften und ihren Vertretern.** Ein klares Bild gegeben und der ganze Kampf von vornherein geführt war, hat die verschiedenen Kollegen ja gerade abfallen lassen. Fast geschlossen traten sie in den Kampf, bis auf die Gelben. Erst als sie merkten, **daß Rositz und Alten bei Dessau den Kampf zu dem ihren gemacht hatten,** fingen sie an, einzeln in den Betrieb zu gehen. Die Hauptschuld der Gewerkschaften würde doch klar bewiesen durch den in der Versammlung anwesenden **Verbandsvertreter der Kollegen von Alten,** der klipp und klar erklärte, daß sie keine genauen Informationen bekommen haben.

Die zweite Kanone, Branchenleiter **Senkpfeil, Hannover,** hat Ausführungen gemacht, die wirklich nicht dazu angetan waren, die Mitgliedschaft zu fördern und das Vertrauen zu stärken. Bei der Bewerbung um seinen jetzt innehabenden Posten als Branchenleiter hat er doch sicher einen Beweis seiner agitatorischen Befähigung bringen müssen. Die muß ihm auf Grund seiner Ausführungen am Sonntag aber wirklich abgesprochen werden. **Er hat ja sogar** dem hallischen Angestellten Gittel **durch die Blume eins ausgewischt,** daß er nicht einfach, ohne jede Gegenwehr, für den Lohnabbau eingetreten ist. Auf der einen Seite soll man n i c h t s tun, wenn nicht alles organisiert ist, auf der anderen stößt er noch die Gewerkschaftskollegen vor den Kopf und fragt sie, warum sie denn nicht aus der Gewerkschaft austreten, wenn sie einen Zwischenruf einem so hohen Herrn wie ihm wagen! Gittel, Gröbel und Martin hätten besser getan, sich nicht hinter solchen Kanonen zu verstecken und ehrlich der Sache ins Auge zu sehen. Die Sache ist verbockt, und was man einbrockt, soll man bekanntlich auslöffeln. Da die beiden Kanonen ein noch d i c k e r e s F e l l zu haben scheinen, um alles über sich ergehen zu lassen, schob man sie in den Vordergrund.

Durch die Vereinbarung mit der Direktion ist die Belegschaft gespalten und niemand fragt nach denen, welche auf der Strecke blieben.

Die altbekannten Bonzentaktik reformistischen Systems gab sich kund mit dem Versuch, einen Antrag abzuwürgen, nach dem der Genossin I r m g a r d R a s c h das Wort zu erteilen sei, so daß diese sich das Wort einfach nehmen mußte. Gittel & Co., Ihr fürchtet wohl die Wahrheit? Wenn Ihr doch schuldlos waret, warum ließet Ihr dann die Genossin nicht reden? Fast alle Kollegen der Raffinerie sagen heute, d a s i e nicht zur A r b e i t g e g a n g e n s i n d und über hundert, darunter viele Frauen, n i c h t w i e d e r e i n g e s t e l l t worden sind:

„Warum sagte **man uns nicht vorher, worüber man uns jetzt** belehren will! Wir wären im Betrieb geblieben und hätten uns nicht so verraten lassen! Erst heißt es: „Wir führen Euch in den Kampf, und nun — wir führen Euch in den Betrieb, aber nicht unter den alten Bedingungen.“

Ein altes Sprichwort sagt: „Von einem V e r r ä t e r frißt kein Rabe.“ Darum Kollegen! Trotz der Niederlage: Hinein in die Gewerkschaften und **aufgeräumt mit diesen Kompromißlern**, um endlich das gesteckte Ziel der klassenbewußten Arbeiter zu erreichen: Die **Macht der Kapitalisten zu brechen und eine** neue Welt aufzubauen.

•

Was die große Masse der Belegschaftsversammlung am Sonntag im „V o l k s p a r k“ sehr richtig fühlte, daß die Ablehnung eines Antrages, einer Referentin der KPD. das Wort zur Diskussion zu geben, elendes Kneifen vor der Rechenschaft über die von den Verbandsvertretern aus Magdeburg und Hannover gemachten Ausführungen war, gab es auch einen kleinen Teil der Belegschaft, der sich ärgerte, daß wieder einmal solche „Quertreiber“ sich eingefunden hatten. Gerade an diese Kollegen und Kolleginnen wenden wir uns. Vielleicht sehen auch sie dann ein, daß die wirklichen Schädlinge an der Arbeiterbewegung nicht die „Quertreiber“ sind, sondern Leute, wie T o l s k i und S e n k p f e i l, über die der Arbeiterkorrespondent ja schon einige Ausführungen gemacht hat. Nehmen wir nur ein paar Dinge aus den Ausführungen dieser beiden „Führer“ heraus, von denen nach dem Bericht des Vertreters von Alten, sowie nach dem ganzen Ausgang des Kampfes f e s t s t e h t, daß sie

nichts getan, um den Kampf der hallischen Arbeiter zum Siege zu führen,

sondern daß sie im Gegenteil den Widerstand der Belegschaft gegen die Unternehmerschikane für falsch halten! Herr Tolski „bewies“ lang und breit, daß es den armen Zuckerindustriellen bei einem niedrigeren Zuckerpreis als vor dem Kriege schlecht gehe und nur die Landwirte (er meinte doch hoffentlich nur die Großagrarier, und nicht noch gar die Industriearbeiter gegen die kleinen, notleidenden Bauern aufhetzen?) an dieser schlechten Lage schuld seien. Er hatte volles Mitgefühl mit dem armen Fabrikbesitzer in Halle, der gar nicht sich dem Konzern, der in Halle seinen Sitz hat, angliedern wollte, dem aber, damit er es täte, einfach keine Rüben mehr geliefert wurden. Er legte dar, daß in Deutschland zwölf Raffinerien zuviel seien, ohne auch nur einen Gedanken sich zu machen, w e l c h e K o n s e q u e n z e n eine solche Behauptung für die Arbeiter hat, oder **wie man unter allen Umständen den deshalb auf die Straße gesetzten und in ihren Arbeitsbedingungen immer schlimmer ausgepreßten Arbeitern zu Hilfe kommt.** Herr Tolski sieht als einzige Berechtigung an, daß die Arbeiter sich gegen Lohndruck zur Wehr setzen, wenn er beweisen kann, daß die Unternehmer bei der Produktion nicht, wie sie behaupten, zusetzen. Daß im Gegenteil, auch wenn man d i e s e s n i c h t b e w e i s e n könnte, erst recht einleuchtet, daß die anarchistische kapitalistische Wirtschaft bekämpft werden muß, kommt diesem „Arbeitervertreter“ auch wieder nicht in den Sinn. Wenn er dann noch entwickelt, daß die Löhne der Zuckerarbeiter nur darum gedrückt seien, weil diese nicht genügend organisiert sind, so wirft das auch wieder ein bezeichnendes Licht auf diese Leute, die herablassend auf einen Zwischenruf — dem Sinne nach — antworten:

„Ihr seid ja nur Arbeiter und könnt das alles nicht wissen, was wir große Wirtschaftstheoretiker Euch deshalb erzählen.“

Es ist zwar richtig, daß die Zersplitterung der Arbeiterschaft die Kampffront geschwächt und den Vorstoß der Unternehmer begünstigt hat; wir halten darum **ja auch an der Gewerkschaft** fest und setzen a l l e K r a f t d a r e i n, n e u e M i t g l i e d e r z u w e r b e n, obwohl solche Leute, wie Tolski und Senkpfeil, das wahrlich nicht leicht machen. Aber in dem wirtschaftstheoretischen Zusammenhang, in dem der Gauleiter Tolski sprach, war den Versammelten zu zeigen, daß die Unternehmer den Vorstoß gegen die Löhne auf Grund der Veränderung der ganzen deutschen und internationalen Wirtschaftslage machen, und wie sie, **von ihrem Standpunkt** aus, nur diesen Weg haben, um bei der Dawes-Versklavung und Beibehaltung des kapitalistischen Systems ihre gewohnten Profite herauszuholen. Hieraus hatte Tolski dann die Notwendigkeit der proletarischen Gegenfront zu entwickeln. Sind so viele Gewerkschaftsmitglieder 1923 und 1924 nicht gerade deshalb aus den Gewerkschaften herausgelaufen, weil die Unternehmer vorstießen, das Ermächtigungsgesetz schufen, den Achtstundentag nahmen und die Gewerkschaften vollständig im Kampfe versagten und sogar gegen die Arbeiter Stellung nahmen? Die Unternehmer müssen, von ihrem Standpunkt aus, heute den Vorstoß gegen die Arbeiterlöhne machen, und wenn die Arbeiterschaft hundertprozentig organisiert wäre, wie gerade wir Kommunisten es wünschten, so würden die Unternehmer auch Lohnabbau verlangen. Sie würden dann allerdings kaum durchkommen, weil diese hundertprozentig organisierte Arbeiterschaft bereits wieder einen ganz anderen Kampfesgeist hätte und erst einmal solche Leute wie Tolski und Senkpfeil zum Teufel jagen würde, um den Weg frei zu haben.

Wenn man in diesem Zusammenhange die unerhörte Provokation des Sektionsleiters Senkpfeil in Betracht zieht, der außerdem jetzt erst zu der Erkenntnis kommt, **daß die Konzerne auch Lohnpolitik betreiben** und infolgedessen die Gewerkschaften eingehend über i h r e Lohnpolitik beraten müssen, so zeigt sich doch deutlich, daß viele Gewerkschaftsmitglieder ein bißchen mehr von den Dingen verstehen, als diese sogenannten Führer. Denn auf dem Breslauer G e w e r k s c h a f t s k o n g r e ß waren eine ganze Reihe Delegierter und unter der breiten Gewerkschaftsmitgliedschaft sind eine große Anzahl, die eben aus dieser Erkenntnis heraus

schon längst für die Industrieorganisation (ein Betrieb — ein Verband)

und für eine Lohnpolitik auf breiter Basis eingetreten sind.

Eine tolle Verhöhnung der Arbeiterschaft war es doch auch, n... d e r G a u l e i t e r T o l s k i v e r s u c h t e, d i e N i e d e r l a g... d i e d i e A r b e i t e r s c h a f t e r l i t t e n h a t, i n e i n e... „S i e g“ u m z u d e u t e l n, für den die Gewerkschaftsbureaukrat... wohl sogar noch ein Lob verlangt. Man hat sich **in Hannov... anscheinend von vorneherein gegen die Zuckerarbeiter eingestel...** und der Gauleiter Tolski hat darüber nachgedacht, wie er d... Unternehmern beweisen kann, daß sie nicht in der schlimmen La... sind, wie sie behaupten, und darüber

nichts getan, um die Betriebe in Rositz und Alten in den Kampf zu führen

und sie auch nur über die Verhältnisse in Halle zu unterrichte... Davon, daß man im übrigen Reich die Zuckerarbeiter, die überc... zwanzigprozentigen Lohnabbau diktiert bekamen, auf die Bewegun... in Halle aufmerksam gemacht und auch dort zum Kampfe mobil... siert hätte, wurde überhaupt nicht gesprochen. Das lag ganz auß... dem Bereiche der Vorstellungen dieser Gewerkschaftsleiter.

Es muß auch gesagt werden, daß d i e h a l l i s c h e n V e r... b a n d s v e r t r e t e r, die für die Zuckerraffinerie in Fra... kommen, v ö l l i g v e r s a g t h a b e n, wie das der Arbeite... korrespondent schon dargelegt hat. Es genügt nicht, wenn der Ve... treter der Maschinisten und Heizer in sehr vorsichtiger Weise eini... Einwendungen gegen die unerhörten Ausführungen des Branche... leiters aus Hannover machte, der sich übrigens bei einer Gelege... heit auch noch den schönen Ausspruch leistete, daß man

„die Fragen nur nicht prinzipiell, sondern praktisch anpacken“

müsse. Warum hat man nicht auch von Halle aus die Betriebe v... Rositz und Alten genau informiert, warum war man nicht tägli... am Betrieb und hat m i t a l l e n M i t t e l n v e r s u c h t, d i... S t r e i k b r e c h e r a u f z u k l ä r e n und ist den bewußt vo... Unternehmertum und den Gelben ausgestreuten Gerüchten über d... Willigkeit der Rositzer und Altener Arbeiter, die Bedingungen z... schlucken, entgegengetreten? Warum hat man, da doch der Stre... der Zuckerarbeiter b e d e u t s a m i s t f ü r d i e g e s a m t e h a l... l i s c h e A r b e i t e r s c h a f t, die ebenfalls ständig vor neue... Unternehmerschikanen steht, **wachzurütteln,** an dem Kampf z... interessieren und gegen die Streikbrecher mobilzumachen? Warum... hat man nicht die Positionen im **ADGB.** ausgenutzt, um eine star... Kampffront zu erzielen?

Bei der gegebenen Sachlage wäre es Wahnsinn gewesen, di... Arbeiterschaft der Zuckerraffinerie zurückzuhalten, daß sie a... gestrigen Tage die Arbeit wieder aufgenommen hat. Aber de... Kampf und auch die O p f e r, die jetzt auf der Strecke bleiben, un... f ü r d i e d e r V e r b a n d s o w o h l w i e d i e g e s a m t e B e... l e g s c h a f t s i c h m i t a l l e r E n e r g i e e i n z u s e t z e n h a b e n... **sind nicht vergeblich** gewesen, wenn man, anders als die Tolski un... Senkpfeil, die Lehren aus dieser Bewegung zieht. Es war n i c h... f a l s c h, auch in der heutigen Wirtschaftskrise den Kampf aufzu... nehmen. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht zu jeder Zeit gege... jede **Verschlechterung** zur Wehr setzt, gerät sie in immer schlimmere... Elend. Wenn jetzt mit allen Kräften gearbeitet wird, daß **au... der letzte Kollege und die letzte Kollegin sich organisieren** und a... ihrem Teil helfen, e i n e n a n d e r e n G e i s t i n d e n F a b r i k... a r b e i t e r v e r b a n d z u t r a g e n und durch den Druck vo... unten die Macht der Tolski und Senkpfeil zu brechen, so ist di... Frage „Warum sind wir nicht gleich im Betrieb geblieben“ be... antwortet.

Protest gegen die Entlassung des Schwerkriegsbeschädigten Möbius

Baufirma Heilmann & Littmann

Zu der von uns gemeldeten widerrechtlichen Entlassung eines Schwerkriegsbeschädigten hat die Belegschaft der Baustelle Elisabeth-Krankenhaus der Firma H e i l m a n n & L i t t m a n n Stellung genommen und der F i r m a P o e g e folgende **Resolution** eingesandt:

Die Belegschaft der Firma Heilmann & Littmann verurteilt das Vorgehen der Firma P o e g e gegen den Schwerkriegsbeschädigten Gottlieb Möbius, der sich gegen den Raubzug und die Ausplünderung des deutschen Volkes durch die ehemaligen Fürsten zur Wehr setzte. Seine Entlassung ist unbegründet und wir fordern die sofortige Wiedereinstellung des Schwerbeschädigten.

Die Belegschaft der Firma Heilmann & Littmann.
Baustelle Elisabeth-Krankenhaus.
J. A.: Der Betriebsrat: B. Zgorzalski.

Prüft genau, ehe Ihr Eure Arbeitskollegen beschuldigt!

Zum Bericht „Weg mit der Ueberstundenschieberei“

Am 11. Februar brachten wir eine Arbeiterkorrespondenz aus **Leipzig** zum Abdruck, die den zweiten Baudelegierten der dortigen **Baustelle Ausstellungsgelände** beschuldigte, in der Ueberstundenschieberei an der Spitze zu stehen und mit Maurern ins Handgemenge gekommen zu sein, weil bei der Ueberstundenschieberei sich Arbeitskräfte als überflüssig herausgestellt hatten.

Der betreffende Kollege sendet uns nun eine Erwiderung, beglaubigt durch eine Reihe Unterschriften sowie Lohntüten, aus denen ersichtlich ist, daß **die aufgestellte Behauptung nicht stimmen kann.** Im Gegenteil soll der Baudelegierte H. sich oft gegen die Ueberstundenschieberei gewandt haben, leider jedoch erfolglos. So soll der angeführte Konflikt mit den Maurern seine U r s a c h e auch gerade darin gehabt haben, daß der Betriebsobmann die Ueberstundenschieberei untersagt hatte.

Grubenelend

(A r b e i t e r k o r r e s p o n d e n z)

Die Mißstände auf dem **Zirkelschacht (Mansfeld A.-G.)** werden immer schlimmer. Bei uns müssen die Kumpels, um vor ihren Streb zu kommen, erst vor anderen Streben herumkrauchen und sich das dazu gehörige Maschinenwerkzeug selbst zusammensuchen, was verboten ist. Wenn sie dann zurückkommen und endlich ihren trockenen Karo zu verzehren hoffen, steht schon so ein **A n t r e i b e r** da, der sie nicht zur Ruhe kommen läßt. Dabei ist es schon vorgekommen daß Schüsse, die noch nicht geknallt haben, noch vor Ort stehen, was auch unzulässig ist. Aber so ein Antreiber fragt nicht nach Proletenleben, sondern die Hauptsache ist ihm, daß die Prozente steigen und er Liebkind bei der Direktion bleibt. Als sich ein Kamerad über diese Zustände beschwerte und über den Hungerlohn, den es dabei gibt, versuchte der Fahrsteiger **Rose** ih... dadurch mürbe zu machen, daß er ihn, der in Arbeiterkreisen al... fleißig bekannt ist, als minderwertig hinstellte. Die Werksleitung... besonders der Obersteiger Krummel, würde, wenn er sich genaue... um den Zirkelschacht kümmerte, sehr schnell dahinter kommen kön... nen, daß die Denunziationen unrichtig sind.

Die Bergarbeiter müssen sich selber darauf besinnen, daß si... Menschen sind und den Weg beschreiten, der sie aus dem heutigen... Elendsdasein herausführt. Dazu gehört die gewerkschaftliche Or... ganisierung, unbedingte **Solidarität** und die Stärkung der roten... Front. Die kommende **Betriebsrätewahl** ist geeignet, uns ei... gutes Stück vorwärts zu bringen. Aber wir müssen uns darum... kümmern und uns alle beteiligen, daß wir einen Betriebsrat be... kommen, der Rückgrat besitzt.

Rittergut Alsleben

Die Zustände auf **Rittergut Alsleben** (Besitzerin Witwe Wilhelm... Isege) spotten jeder Beschreibung. Der Sohn behandelt die Leut... wie Schmutz unter den Schuhen. Wie man mit den Arbeiter... umspringt, zeigen folgende Fälle:

Der Arbeiter O f f e l m a n n war dort Liebkind gewesen, so... lange er noch im **Wehrwolf** organisiert war. Als er aber dahinte... **kam,** daß der Wehrwolf der Feind der Arbeiterklasse ist und au... diesem austrat, wurde er e n t l a s s e n und dazu bemerkt, daß e... wegen schlechter Führung fristlos entlassen sei. Auf diese Weis... sollte bewirkt werden, daß er **keine Unterstützung** bekam.

Ein Arbeiter des Gutes erzählte folgendes: Eines Tages ware... wir **ohne Pause von morgens 7 Uhr bis nachmittags 3 Uhr** be... **schäftigt,** kamen ¼4 Uhr in den Stall zum Füttern und bekame... dann glücklich um ¼5 Uhr das Mittagessen. Der Herr Sohn ver... langte, daß einer noch gehen und 10 Säcke Kleie holen sollte, un... zwar sofort, mitten vom Essen weg. Als dieser antwortete, daß wi... doch solange gearbeitet und deshalb nicht früher hätten Mitta... machen können, wäre es bald zu einer Schlägerei gekommen. Mi... den frechsten Worten erging sich der Sohn der Besitzerin gegen di... Landarbeiter.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter von Alsleben müssen die Auge... offen halten und sich **fest zusammenschließen,** damit solchen Herre... das Handwerk gelegt werden kann.

Die zum Teil schon seit längerer Zeit eingegangenen **Korre... spondenzen** aus H e t t s t e d t (Messingwerk und Saigerhütte), de... W a s a g, S t i c k s t o f f, G r u b e „A l w i n e“, „G u t e H o f f... n u n g“, B a h n h o f C o r b e t h a, M e r s e b u r g, K l a u s &... R ü h l, H a l l e, K r ö l l w i t z, G u t B r e h n a, Dietrich-W e i ß e n... f e l s, Rohpappenfabrik sowie Papierfabrik A m m e n d o r f konnte... aus Raummangel noch nicht gebracht werden. Der noch ausstehend... Bericht aus dem G e i s e l t a l war für die Sonnabend-Numme... zu spät erschienen, folgt ebenfalls noch.

Durch eine gute Zeitungs-Werbung müssen alle Genossen mit... helfen, die technischen Möglichkeiten für mehr Raum zu beschaffen... — Die Artikel folgen, sobald nur irgend möglich.

Die Redaktion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0005

SPD. gegen Kontrolle der Gewerkschaften

Eine ausgedehnte Stadtverordneten-Sitzung

Wir haben nun schon eine ganze Menge erlebt an sozialdemokratischen Zickzacklinien. Einmal sind sie für Bibeln, dann sind sie dagegen. Einmal sind sie für Eckener, dann treten sie dagegen auf. Einmal sind sie für Volksentscheid, dann lassen sie Landsberg leitartikeln. Aber was sich gestern die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion geleistet hat, übersteigt alles bisher Dagewesene. Zuerst glaubte man, Herr Wilke, der als Lehrer keine Beziehung zu den Arbeitern im Betriebe kennt, hätte eine Entgleisung begangen, die von seinen Freunden irgendwie hätte verwischt werden sollen. Aber als die gesamte SPD.-Fraktion Herrn Wilkes Benehmen unterstrich, wußte man, daß es keine Entgleisung war, sondern

daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten die gewerkschaftlichen Grundrechte der Arbeiterschaft bewußt verleugneten.

Was ist geschehen? Bei der Debatte über die Forderungen der erwerbslosen Jugendlichen wurde die Frage besprochen, **daß die Erwerbslosenausschüsse in Verbindung mit den freien Gewerkschaften die Durchführung der Forderungen kontrollieren sollen.** Herr Wilke erklärte zu diesem Punkt, die Beschlüsse würden von einer städtischen Körperschaft gefaßt, die Stadt führe sie durch, und

sie ließen sich von keiner anderen Organisation da hineinreden oder kontrollieren.

Daß „die Stadt" im kapitalistischen Zeitalter keine neutrale Institution ist, sondern, speziell in Halle, von Reaktionären repräsentiert wird, die für die Bourgeoisie alles, für das Proletariat nichts übrig haben, scheint der Sozialdemokrat Wilke nicht zu wissen. Auch seine Fraktionsfreunde schienen es vergessen zu haben, insbesondere der Vorsitzende der hiesigen SPD., Petersdorff und Herr Schaumburg, der als Gewerkschaftsführer sich selbst damit eine schallende Ohrfeige versetzt hat, und nicht nur sich, sondern auch den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern: denn

die gesamte sozialdemokratische Fraktion blieb bei der Abstimmung über diesen Punkt sitzen.

Das letzte Wort hierüber wird noch nicht gesprochen sein. In den Gewerkschaften selbst werden die Herren von der sozialdemokratischen Fraktion Rede und Antwort stehen müssen, wie lange sie sich noch von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen lassen wollen.

Sie werden es freilich so lange tun wie sie auch in ihren Symbolen der Bourgeoisie Konkurrenz machen wollen. So reklamierte gestern Herr Petersdorff das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" für die Arbeiterschaft wofür sich diese bestens bedanken wird. Herr Petersdorff sang eine Lobeshymne auf dieses Lied, das heute ureigenstes Besitztum aller Retter- und Femeparteien ist, er sang eine solche Hymne darauf, daß nicht viel fehlte, und er hätte das Lied mitten in der Sitzung angestimmt zur großen Freude seines demokratischen Reichsbannerkameraden Minner, der sich auch gestern wieder als schärfster Arbeiterfeind entpuppte und den Erwerbslosen zurief:

„Wenn Sie Hunger hätten, würden Sie sogar für 15 Pfennig arbeiten."

Das hinderte Herrn Minner nicht, seine eigne Verfassung lächerlich zu machen, und so ergab sich aus der gestrigen Stadtverordnetensitzung wieder einmal das Bild schlimmsten Scharfmachertums.

Die wenigen Forderungen, die durch die Bürgerlichen auch noch verwässert, wirklich zugestanden wurden, konnten nur erreicht werden **durch den zähen Kampf unserer Genossen.** Sie versuchten mit allen Mitteln den Sabotageversuchen des Magistrats zur Beratung wichtiger kommunistischer Anträge beizukommen, indem sie eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung beantragten, die nun schon in den nächsten Tagen stattfinden muß.

*

Sitzungsbericht

Der Renegat bei seinen Freunden

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende eine Erklärung bekannt, Konrad Finkelmeier aus der KPD.-Fraktion aus- und in die SPD.-Fraktion übergetreten sei. Da Finkelmeier zum erstenmal im Kreise seiner neuen Freunde erschienen ist, gibt Genosse Günther im Namen unserer Fraktion folgende Erklärung ab:

„Der Stadtverordnete Finkelmeier, seinerzeit auf die Liste der Kommunistischen Partei gewählt, wegen andauernden parteischädigenden Verhaltens und wiederholten Bruchs der Parteidisziplin aus ihr ausgeschlossen worden, hat die Dreistigkeit besessen, das ihm von der KPD. seinerzeit anvertraute Mandat beizubehalten, obzwar er von der Parteileitung und auch aus dem Kreise der Wähler mehrere Male aufgefordert worden war, es an die Partei zurückzugeben, von der er es empfing. Nachdem sich Finkelmeier nunmehr der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hat und das Stadtverordnetenmandat weiter auszuüben im Begriff steht, wie die eben bekanntgegebene Erklärung der SPD.-Fraktion beweist, ist die kommunistische Fraktion zu der Erklärung gezwungen, daß er mit gestohlenem Mandat gegen den Willen der Partei und der Wähler sich hierher zu setzen wagt, die ihn bei der Wahl 1924 aufgestellt haben und daß er damit die Gründe erneut bestätigt hat, die für seinen Ausschluß aus der KPD. geltend gemacht wurden. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gönnt der sozialdemokratischen Fraktion diesen unehrlichen Renegaten als Mitglied; überläßt aber dies Verhalten beider dem Urteil der proletarischen Wählerschaft.

Halle, den 8. Februar 1926. Kommunistische Fraktion."

Ob diese Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion um einen Renegaten wirklich eine Verstärkung ist, vermag man nicht zu sagen, denn es fehlte gestern Herrn Müller von der SPD., ob freiwillig oder gezwungenermaßen steht noch nicht fest. Fest steht jedoch, daß Heimatdienst-Müller schon in einer ganzen Reihe von Sitzungen nicht mehr den Mund zu einer Rede aufgetan hat, obwohl er früher immer sehr redefreudig war. Ist er vielleicht zu redefreudig gewesen und seinen eigenen Kollegen auf die Nerven gefallen?

Minner, der Schutzengel heimischer Industrie

Herr Busse verliest im weiteren Verlauf ein Schreiben der Firma Christoph & Unmack in Niesky, jener Firma, welcher die Stadt so freigebig Aufträge für Straßenbahnwagen übermittelt hat. In diesem Schreiben wird ein Konkurrenzkampf mit der Firma Lindner ausgefochten, worauf die Lindner-Aktiengesellschaft die Antwort nicht schuldig blieb. Der Streit wurde dadurch publik, daß die „Hallesche Zeitung" diesen Brief, der der gesamten hallischen Presse zugegangen war, veröffentlichte. Dies gab Anlaß zu furchtbarer Aufregung auf bürgerlicher Seite. Herr Minner besaß dabei die Stirn, Feststellungen aus der letzten Stadtverordnetenversammlung als „Machinationen von Arbeitern" zu bezeichnen und meint, er müsse sich schützend vor die heimische Industrie stellen. Unsere Genossen haben keinen Anlaß, sich schützend vor die Industrie zu stellen und ließen die Bürgerlichen sich austoben. Genosse Günther wies jedoch in diesem Zusammenhang auf die Frage der Geheimhaltung von Beschlüssen hin. Wir sind prinzipiell für öffentliche Behandlung aller Fragen. Die Geheimhaltung wird trotzdem von den bürgerlichen Blättern immer zuerst gebrochen, so daß es aussehe, als wolle man die Geheimhaltung nur auf die kommunistische Presse angewandt wissen. Herr Busse beklagt sich bitter und fordert „herzlich", daß in Zukunft die Geheimhaltung wirklich beachtet werde. Dies wird seine deutschnationalen Freunde, die immer mit Blitzesschnelle die „Leipziger Neueste Nachrichten" informieren, nicht hindern, in Zukunft dasselbe zu tun.

Der Achtstundentag ist möglich!

Stadtverordneter Schaumburg geht nunmehr auf die Zuschrift des Magistrats bezüglich der Nichteinführung des Achtstundentages für die städtischen Arbeiter ein. Der Magistrat argumentiert, daß er sich bei Wiedereinführung des Achtstundentages tarifbrüchig machen würde. Schaumburg stellt fest, daß das nicht der Fall ist und weist darauf hin,

daß eine ganze Reihe von Städten, die dem mitteldeutschen Tarifvertrag unterstehen, z. B. Magdeburg und Halberstadt, die 48-Stundenwoche haben.

Mit Rücksicht auf die große Erwerbslosenziffer muß auch in Halle die 48stündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden. Der Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers schließt auch eine Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht aus.

Genosse Härtel rollt an Hand dieser Kann-Bestimmungen nochmals die ganze Frage des Kommunalverbandes auf und verlangt Austritt aus dieser reaktionären Organisation. Er fordert im Namen der kommunistischen Fraktion, daß der Magistrat sofort seinen Beschluß zurückzieht und reicht dazu folgenden Antrag ein:

Unter Aufrechterhaltung des Beschlusses vom 18. Januar 1926 wird der Magistrat ersucht:

a) bei den am Arbeitszeitabkommen für die Gemeindearbeiter beteiligten Verbänden den Antrag auf Genehmigung der Einführung der 48stündigen an Stelle der 54stündigen Arbeitswoche in den Betrieben der Stadt Halle zu stellen. Erklärt sich der Reichsarbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände mit diesem Antrag nicht einverstanden, so ist

b) der Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband mit sofortiger Wirkung zu vollziehen.

Hilfe für die streikenden Steinsetzer

Unter den eingegangenen Anträgen befindet sich folgender Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion:

Auf Grund des ausgebrochenen Streikes der Steinsetzer wegen Lohndifferenzen, die darin bestehen, daß den Steinsetzern, Rammern und Hilfsarbeitern 11 Prozent von ihrem bisherigen Lohn abgezogen werden sollen, bleiben eine größere Anzahl reparaturbedürftige Straßen, zum Teil auch neue Straßen, die als dringendliche Arbeit bezeichnet werden, liegen.

Der Lohnabzug und die Nichtfertigstellung der reparaturbedürftigen Straßen kann nicht im Interesse der Stadt liegen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

Die Straßenzüge, die dringend der Reparatur bedürfen, die zum Teil vergeben und nicht vergeben sind, gleichfalls die Neubearbeitung der Straßen, soweit geplant, der Firma Mitteldeutsche Bauzentrale zu übertragen, welche durchaus in der Lage ist, mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften diese Arbeit zu erledigen.

Die Bergschenke wird kein Jugendheim

Nach Erledigung einiger Wahlen wird in die zweite Lesung des Punktes Verpachtung der Bergschenke oder Umwandlung in ein Jugendheim eingetreten. Herr Minner als Berichterstatter gibt die **völlig ablehnende Haltung sämtlicher Ausschüsse** bekannt und fügt seine eigne absolut ablehnende Haltung zur Erbauung eines Jugendheims hinzu. In der Debatte wird nochmals das ganze Problem der unzureichenden Jugendfürsorge hervorgekehrt. Stadtverordneter Petersdorff berichtet von der vor wenigen Tagen stattgefundenen öffentlichen Jugendversammlung, die sich geschlossen gegen die Pläne des Magistrats gewandt hat. Er gibt auch die Stellung des Bezirksjugendpflegers Hemprich bekannt, der dem Plan, die Bergschenke in ein Jugendheim umzuwandeln, lebhafte Sympathien entgegenbringt, was späterhin Herrn Merkel vom Ordnungsblock veranlaßt, gegen Herrn Hemprich loszuwettern. Es wird auch die Stellungnahme der Jungdemokraten bekanntgegeben, die offen gegen die demokratischen Stadtverordneten Front machen. Bei der ganzen Debatte sind die Bürgerlichen sehr wenig interessiert. Sie unterhalten sich, haben größtenteils ihre Plätze verlassen und bekunden somit, daß sie nicht das geringste Interesse für die arbeitende Jugend haben.

Auch Genosse Günther legt nochmals die Einzelheiten der ganzen Frage ausführlich dar, und er weist besonders darauf hin, daß die Stadt für Lufthäfen und Raubtierkäfige Hunderttausende ausgebe, während für die Jugend kein Geld da ist.

Mit Recht stellt er fest, daß bei der ungenügenden Pflege der Jugendlichen diese

schließlich ihr Jugendheim auf dem Friedhof finden müssen.

Die Argumente des Magistrats, Schwierigkeiten der Gebäude-Umgestaltung usw. sind nicht stichhaltig. Man will sich nur den Platz nicht nehmen lassen, weil man die Stadthalle hinbauen will. Genosse Günther stellt fest, daß Herr Ricke, der in Aussicht genommene schwarzweißrote Pächter, im Hause ist und von der Tribüne aus den Verhandlungen beiwohnt. Genosse Günther protestiert nochmals scharf dagegen, daß man ein Stahlhelmlokal aus der Bergschenke macht.

Infolgedessen fühlt sich Herr Zwanzig bewogen, gegen das Jugendheim aufzutreten und meint, man müsse doch das Saaletal und sein Restaurant dem Fremdenverkehr erhalten. Im übrigen habe er nicht das geringste gegen Herrn Ricke. Man weiß also jetzt, wo die Protektion des Herrn Ricke herkommt.

Als im Verlaufe der Debatte sich Schaumburg dagegen wendet, daß auf der Bergschenke von Nationalisten „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen wird, muß er sich von dem Deutschnationalen Merkel sagen lassen, daß es

niemand anders als Friedrich Ebert war, der dieses Lied wieder zu „Ehren" gebracht habe. Herr Schaumburg solle sich nicht darüber aufregen.

Darauf ergriff Herr Petersdorff eifrig für „Deutschland, Deutschland über alles" Partei, was von den Tribünenbesuchern, die größtenteils Arbeiter waren, mit gebührenden Zwischenrufen quittiert wurde.

Nachdem sich Stadtrat Fischer als Magistratsvertreter wiederholt gegen das Jugendheimproblem ausgesprochen hat und Herr Minner im Schlußwort nochmals seine unerschütterliche reaktionäre Einstellung bekundete, erfolgte die Abstimmung, die, von unseren Genossen namentlich gefordert, **Annahme der Magistratsvorlage mit 28 gegen 23 Stimmen ergibt. Mit dem Jugendheim ist es also wieder nichts.**

Wie verhütet man einen Sparkassen-Skandal?

Eine wesentliche Debatte ruft der kommunistische Antrag zu Punkt 6 in der Frage der Stadtbank hervor. Der Rechts- und Verfassungsausschuß hatte sich mit diesem Antrag, den wir bereits bekanntgegeben haben, beschäftigt. Da es nach den Statuten der Sparkasse nicht möglich ist, einen besonderen Vorstand für die Stadtbank zu bestimmen, ändern unsere Genossen ihren Antrag dahingehend ab,

daß der Vorstand der Sparkasse um sieben Mitglieder vermehrt werden solle.

Von bürgerlicher, sowie sozialdemokratischer Seite wird dieser Forderung der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Bürgermeister Seydel und Stadtverordneter Abramowitsch wenden sich gleich eindringlich dagegen und Herr Finger versucht, unsere Genossen zum Zurückziehen des Antrages zu bewegen. Von unserer Seite wird um so nachdrücklicher auf dieser Forderung bestanden, die eine bessere Kontrolle bedeuten und Kreditgabe zu spekulativen Zwecken verhindern soll. Obgleich vom Magistrat solche Kreditgabe abgestritten wurde, kann sie nicht geleugnet werden, was aus den Ausführungen des Bankiers Lehmann unzweideutig hervorging.

Genosse Kilian rollt infolgedessen die ganze Frage ausführlich auf und weist auf den

Senftenberger Sparkassenskandal hin, der nur erfolgen konnte, weil die genügende Kontrolle gefehlt habe.

Der dortige Landrat ist ein Sozialdemokrat gewesen. Da die Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten habe, muß, um die Beunruhigung in der Bevölkerung zu beseitigen, eine verstärkte Kontrolle über die Stadtbank eingesetzt werden.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung gegen die kommunistischen Stimmen.

Die Forderungen der erwerbslosen Jugend

Die Behandlung des Jugendheimproblems zeigt jeden, was von der Debatte über den Antrag für die jugendlichen Erwerbslosen zu erwarten war: **Ablehnung des größten Teils der Forderungen, Verwässerungen, wo eine Ablehnung nicht möglich war.** Genosse Busse mochte wissen, daß dies bei den Jugendlichen helle Empörung auslösen mußte, und so machte er vor Erörterung dieses Tagesordnungspunktes die Tribüne darauf aufmerksam, daß er, **wenn sich von dort nur eine Aeußerung hören lasse,** sofort die **Tribüne räumen lassen werde.** Der Zweck war offensichtlich: man wollte die Oeffentlichkeit hierbei ausschließen, aber die Arbeiter und Jugendlichen ließen sich nicht provozieren, und zu seinem großen Leidwesen mußte die Tribüne ungeräumt bleiben.

Den Bericht für die Ausschüsse gab Rektor Splett. Genosse Günther begründete die einzelnen Punkte des Antrages. Er ging besonders auf den ersten Punkt

Einreihung der Jugendlichen in den Produktionsprozeß

ein. Bei diesen wichtigen Erörterungen verläßt die gesamte bürgerliche Presse, einschließlich Kasparets den Saal. Es ist ja auch nicht interessant zu hören, daß Erwerbslose mit vier Kindern aus Verzweiflung Selbstmord begehen müssen. Auch die Bänke der Bürgerlichen sind fast leer, denn es interessiert sie nicht, etwas über das Elend der proletarischen Jugendlichen zu erfahren, über die unzulängliche Gesetzgebung und über die unzulängliche Fürsorge, für die von Genossen Günther ausführliche Beispiele gegeben werden. Wenn von bürgerlicher Seite behauptet wird, man wolle in verschiedenen Punkten über den kommunistischen Antrag hinausgehen, so ist dies keine Erweiterung, sondern man macht die konkreten kommunistischen Anträge unbrauchbar, so daß bei der Verwirklichung nicht viel herauskommt.

Fräulein Becker von der SPD. gibt Beispiele über die Not in Arbeiterfamilien und begründet drei sozialdemokratische Anträge, die sich für Schulspeisung, Belieferung junger Mütter und Säuglinge mit Milch und Zuwendung von Kleidungsstücken aus der Schneiderwerkstätte an Notleidende beschäftigen. Wie aus den Ausführungen des Stadtrats May hervorgeht, sind diese sozialdemokratischen Anträge **so gut wie überflüssig,** weil die Schulspeisung sowohl wie die Milchbelieferung bereits besteht und die Kleiderabgabe durch das Stadtmagazin erfolgt.

Stadtrat May gibt an, daß 1914 12 000 Personen in öffentlicher Fürsorge standen und daß für sie 1 054 000 Mk. ausgegeben wurden, während heute 20 000 Unterstützungsbedürftige 4,4 Millionen Mk. erhalten.

Genosse Kilian macht hierzu den bemerkenswerten Zwischenruf:

Vierfache Unterstützung — tausendfaches Elend!

In diesem Zusammenhang geschieht es, daß Herr Wilke sich gegen die wichtigsten Forderungen der erwerbslosen Jugend wendet. Er ist nicht für Einreihung der Jugendlichen in den Produktionsprozeß, denn man hätte keinen Einfluß auf die Industrie. Er ist auch nicht für Kontrolle der Forderungen durch die Erwerbslosenausschüsse in Verbindung mit den Gewerkschaften, was unseren Genossen Pfund veranlaßt, als Gewerkschafter und Betriebsarbeiter Herrn Wilkes Ungeheuerlichkeit gebührend zu kennzeichnen. Genosse Pfund verspricht, daß er im Gewerkschaftskartell zu dieser Stellungnahme der SPD. sprechen werde. Was die weitere Ausbildung der Jugendlichen betrifft, so hat der volksparteiliche Abgeordnete Heidenreich für stellungslose kaufmännische Angestellte nicht nur Fortbildungskurse, sondern praktische Weiterbildung verlangt. Die Arbeiterschaft muß demgegenüber ihre Forderung nach **Schaffung von staatlichen Lehrwerkstätten, in denen alle Jungarbeiter zu qualifizierten Arbeitern herangebildet werden können,** durchzusetzen versuchen.

Genossin Herrmann widerspricht den Angaben von Stadtrat May und gibt Beweise dafür, wie unzulänglich die Unterstützung für Jugendliche ist. Wir werden die von Genossin Herrmann geschilderten Fälle noch im einzelnen aufführen.

Hierauf läßt es sich Herr Vollrath von den Demokraten angelegen sein, durch einen Schlußantrag die Debatte abzuwürgen. Nach einem Hin und Her persönlicher Erklärungen findet die Abstimmung statt.

Die beiden ersten Punkte werden gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion abgelehnt. Die SPD. übt Stimmenthaltung.

Punkt 3, tägliche unentgeltliche Speisung aller jugendlichen Erwerbslosen durch die Stadt, wird mit einer Abänderung angenommen, die dahin geht, daß die Speisung im Rahmen der allgemeinen Erwerbslosenspeisung vorgenommen wird.

Punkt 4 wird ebenfalls in abgeänderter Form angenommen. Es heißt jetzt, daß Fortbildungskurse eingerichtet werden sollen. Der Besuch dazu ist freiwillig.

Die Forderung nach Unterbringung der jugendlichen Obdachlosen in entsprechenden Räumen wird angenommen.

Die Punkte 7 und 8 werden wieder unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Zusatzanträge der SPD. werden mit kleinen Abänderungen einstimmig angenommen.

*

Herr Minner verlangt hierauf Schluß der Sitzung. Protest unserer Genossen wird dem auch von Herrn Busse stattgegeben. Der Behandlung des kommunistischen Dringlichkeitsantrages für die streikenden Steinsetzer wird vom Magistrat mit einer fadenscheinigen Ausrede widersprochen, was noch Anlaß zu einem Tumult der Arbeiter auf der Tribüne gibt. Es wird voraussichtlich noch in dieser Woche die außerordentliche Stadtverordnetensitzung stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

...ns zur Jung-Spartakus-Kundgebung

...Montag, dem 1. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark".

...ier Kurt, Berlin, spricht über die Pionierbewegung in Rußland.

...Parteigenossinnen und -genossen, alle Mitglieder des ...Frontkämpfer-Bundes werden ersucht, zu dieser Kund...g zu erscheinen und restlos ihre Kinder und Geschwister (...14 Jahre) mitzubringen.

JSB., Ortsgruppe Halle.

...chtung, Erwerbslose des Saalkreises!

...Donnerstag, dem 25. Februar 1926, findet vormittags ... Uhr im „Volkspark", Halle, Burgstraße, eine Konferenz der ...erbslosen des Saalkreises statt. Wir erwarten von den Er...losen, da sehr wichtige Tagesordnung besteht, zahlreiches Er...inen.

Kreiserwerbslosenrat.

Die Sitzung der Gewerkschaftsabteilung

...ingender Umstände halber auf **Mittwoch** verschoben. Alle ...lieder müssen unbedingt erscheinen. Beginn pünktlich 8 Uhr ...mmer 6 der Produktiv-Genossenschaft.

...hörte Wirtschaft auf dem Landratsamte des Saalkreises

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

...t jeder Prolet in der freiesten Republik Deutschland hat schon ...n, wie bitter es ist, arbeitslos zu sein. Die Erwerbslosen...tützung reicht nicht, um nur das Notdürftigste zum Lebens...halt anschaffen zu können. Noch viel schrecklicher ist aber das ...wenn solche Zustände herrschen, wie im Saalkreis, **wo Arbeits...wochenlang warten müssen, bis sie Unterstützung erhalten.**

...t in einer Gemeinde des Saalkreises ein Arbeiter arbeitslos ...Arbeitsmangel, nachdem er längere Zeit gearbeitet hat, so ...t er sich nach dem Arbeitsnachweis in Halle, Luisenstraße, und ...t sich. Er bekommt eine Stempelkarte. Nun meldet er sich ...dem Gemeindevorsteher arbeitslos. Hier wird ein Antrag ...Unterstützung ausgefüllt, welcher dem Landratsamte über...t wird. Den Fall gesetzt, ein Arbeiter(in) meldet sich Montags, ...bends will er (sie) Unterstützung holen, doch mit langem Gesicht ...t wieder abziehen, **denn die Genehmigung ist noch nicht zurück.** Wer Glück hat, bekommt nun vielleicht am nächsten ...(Sonnabend) schon was, also, nachdem er 14 Tage arbeitslos ist. Aber ...sagt, das sind die Glücklichen.

...müssen drei oder vier Wochen warten, selbst fünf Wochen ist keine Seltenheit, ob verheiratet oder ledig.

...s Schreiber dieser Zeilen, ist es folgendermaßen ergangen: ...Januar d. J. wurde ich arbeitslos. Ich meldete mich in ...schriebener Weise, nach 14 Tagen erhielt ich die erste Unter...g. Was soll nun ein Arbeiter, noch dazu verheiratet, in ...Zeit anfangen, wo ein Wochenlohn schon an und für sich ...nicht reicht? Er kann eben verhungern. Ich fand nun in der ...Woche, nachdem ich Unterstützung bezogen hatte, wieder ...u einem ganz minimalen Lohn (20 bis 24 Mark die Woche). ...wenig, aber doch mehr als die Unterstützung. Nach ...Tagen war die Arbeit fertiggestellt. Der letzte Wochenlohn ...0 Mark. Am nächsten Tag nach Arbeitsschluß begab ich ...zu den Arbeitsnachweis und zum Gemeindevorsteher, um mich ...den. Ein Protokoll brauchte nicht angefertigt zu werden. ...nach 1½ Wochen, will ich Unterstützung holen, doch zu meinem ...Erstaunen muß ich erfahren, daß die Genehmigung noch ...nicht zurück sei. Mit 20 Mark (die natürlich schon lange alle sind) ...muß nun eine dreiköpfige Familie 2½ Wochen eventuell noch ...ernähren. Wie ich das andrehen soll, weiß ich noch nicht. ...Jedenfalls werde ich mausen gehen müssen, denn man treibt ...mich dazu. An wem die Schuld liegt, daß solche Zustände herr...entzieht sich meiner Kenntnis.

...Vielleicht antwortet das Landratsamt selber hierauf.

...Andere Klagen sind über den Arbeitsnachweis zu führen. ...Da ergreift ein anderer Prolete, der darüber ein Liedchen ...kann, die Feder, und schreibt sich die Last vom Herzen, die ...ihn erdrückt.

...die Arbeiterschaft richte ich aber den Ruf:

...Schluß mit dieser Sauwirtschaft, erkämpft Euch ein besseres ...Schließt Euch zusammen zur roten Front.

...in die KPD.!

...in die Gewerkschaften als aktive Mitglieder!

...kann erreicht werden, was Millionen unerreichbar er...und was doch ein Kinderspiel ist, wenn die gesamte werk...Bevölkerung Deutschlands es will!

...ie die Amnestie von der Klassenjustiz gehandhabt wird

...der stärksten Waffe der kapitalistischen Gesellschaft ist die ...Ihr liegt weniger daran, das gemeine Verbrechertum ...mpfen, im Gegenteil, diese Auswüchse der kapitalistischen ...werden von der jetzigen Justiz und ihren Strafvollzugs...mit allen Mitteln gefördert. Ihr ganzer Haß richtet sich ...klassenbewußten Arbeiter, die weiter nichts ...n, als gegen die Verelendung ihrer Klasse zu kämpfen. ...werden sie, wenn sie in die Klauen dieser grausamen Justiz ...mit den neuesten Mitteln der Inquisation gefoltert. Ganz ...ist dazu der progressive Strafvollzug angetan, der vor ...den Thüringer Strafanstalten eingeführt ist (...Halle! D. Red.) und wo das Dreistufensystem ...ist. Den Gefangenen soll die Möglichkeit gegeben ...nach Führung eine vorzeitige Entlassung zu erzielen. ...für die kriminellen Gefangenen wohl von Bedeutung ...für den klassenbewußten Arbeiter, der für seine Ueber...hinter den Kerkermauern der Republik schmachtet, kommt ...in Frage, denn dadurch würde er zum Teil seine Ueber...aufgeben, zumal dieses ganze System nur von den aus...Organen abhängig ist.

...typisches Beispiel für die heutige Klassenjustiz ist die ...Thüringer Regierung 1925 erlassene Amnestie. ...noch Tausende klassenbewußter Arbeiter hinter den Kerker...schmachten und dort langsam zugrunde gerichtet werden, ...von dieser sogenannten „Amnestie" hauptsächlich nur ...lle Verbrecher erfaßt. Wir haben ein **Verzeichnis aus ...anstalt Ichtershausen** in Thüringen, woraus zu ersehen ...hauptsächlich nur Sittlichkeitsverbrecher mit ...Strafen unter die Amnestie fielen. Sehr bezeichnend ...daß die Strafvollzugsbehörden diese Strafen **als aus der ...entstanden** (!) bezeichneten. Leute, die kleinere ...Delikte ausgeführt haben, wo wirklich nur die wirtschaftliche ...der Familien der Ursprung dieser „Verbrechen" waren, ...nicht berücksichtigt. Politische Vergehen sind in nur ...wenigen Ausnahmen amnestiert.

...ember 1925 wurden aus der Strafanstalt Ichtershausen, ...Amnestie, teils durch Begnadigung, 70 Mann entlassen. Von diesen 70 Mann waren 29 Sittlichkeitsverbrecher (Blutschande und derartige Delikte); 47 waren wegen schweren Einbruchs usw. und nur 8 wegen Landfriedensbruchs und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz mit den bürgerlichen Gerichten in Konflikt geraten. Aus dieser Statistik ersieht man, wie die Justiz derartige Delikte noch fördert und stützt, während politische Inhaftierte im Kerker behalten werden. Aber der Tag wird kommen, wo die Arbeiterschaft Rechenschaft von dieser Gesellschaft fordern wird. Nur durch gemeinsamen Kampf und durch den Ausbau der Roten Hilfe kann die Arbeiterschaft das Leiden unserer Genossen etwas mildern.

Warnung vor Literatur-Agenten

Das Arbeitersekretariat Halle ersucht uns um Aufnahme folgender Notiz:

Die Firma Heinrich Killinger, Verlagsbuchhandlung in Nordhausen, läßt seit längerer Zeit die Stadt Halle und Umgebung durch ihre Agenten bearbeiten. Sie vertreibt in der Hauptsache ebenso teure wie zwecklose Bücher, bei deren Absatz sie zumeist in der Abwesenheit der Ehegatten die Arbeiterfrauen durch aufdringliche Agenten bearbeiten läßt, die sich zuweilen bis zu einer Stunde in der Wohnung aufhalten und nicht eher ruhen, bis sie die Frau zur Abnahme eines der teuren Werke bzw. zur Leistung ihrer oder des Mannes Unterschrift unter die Bestellzettel verleitet haben.

So häufig sich in den letzten Tagen die Fälle, in denen des Lesens und Schreibens fast unkundige Frauen von Landarbeitern, die nur wenig Mark Wochenverdienst haben, zur Abnahme von Gesundheitsbüchern zum Preise von über 24 Mark veranlaßt worden sind. Auch die Frauen hallischer Arbeiter haben in den letzten Tagen und Monaten wiederholt Buchkäufe abgeschlossen, zu deren Tragung sie wirtschaftlich nicht in der Lage sind.

Die Firma Killinger geht gegen sämtliche Besteller mit der größten Rücksichtslosigkeit vor. Die Rechtsanwälte Frohnhausen und Warburg in Nordhausen senden an die Opfer dieser Firma hektographierte Mahnbriefe, in denen mit Klage gedroht wird, zugleich die Gebühren für jedes Schreiben mit regelmäßig 2,35 Mark eingefordert werden.

Ein nachahmungswertes Beispiel!

Die seit drei Wochen im Kampf wegen Lohndifferenzen stehenden Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter sammelten auf Listen bei ihren Kollegen den Betrag von

44,55 Mark

für die Durchführung des Volksentscheids gegen die frechen Forderungen der Fürsten.

Es mag dahingestellt bleiben, wie ein derartiger Betrieb mit den Grundsätzen des Anwaltstandes vereinbar ist, jedenfalls zahlen dann vielfach die Geängstigten.

In einer großen Anzahl von Fällen ist es aussichtslos, gegen die Zahlung sich zu sträuben. Der beste Schutz gegen solche Manipulationen ist der, die Agenten dieser Firma überhaupt zurückzuweisen.

Die Buchhandlungen der organisierten Arbeiterschaft sind überdies in der Lage, viel bessere und vor allen Dingen viel billigere Werke an die Arbeiterschaft abzugeben.

Die Bauinnungskasse meldet sich

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes verlangen wir Aufnahme der folgenden Berichtigung in die Spalten Ihrer Zeitung. In Nr. 35 des „Klassenkampf" vom 11. 2. 26 befindet sich ein Artikel, der sich mit der Innungskrankenkasse der Bauinnung zu Halle a. d. S. und den Saalkreis beschäftigt und Unklarheiten enthält.

Der § 214 RVO. ist immer nur dann angewendet worden, wenn aus den von den Arbeitgebern eingereichten Abmeldungen zu schließen war, daß das Mitglied aus der Arbeit entlassen war. Der Tatbestand des ersten angegebenen Falles ist folgender:

Auf einer hallischen Baustelle wurde von der Belegschaft an einem Sonnabend beschlossen, die Arbeit um 12 Uhr mittags niederzulegen. Ein Arbeiter ließ sich vorsichtigerweise im Laufe des Vormittags einen Krankenschein besorgen. Er legte gemeinsam mit den anderen Arbeitern mittags 12 Uhr die Arbeit nieder und wurde daraufhin vom Arbeitgeber von der Krankenkasse abgemeldet. Erst am darauffolgenden Montag begab er sich zum Arzt, welcher ihn erwerbsunfähig schrieb. Es ist klar und offensichtlich, daß der Versicherungsfall erst nach Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, was auch durch Vorentscheidung des Vorsitzenden des Versicherungsamtes der Stadt Halle bestätigt ist. Mit diesem Fall wird sich voraussichtlich auch das Oberversicherungsamt Merseburg zu beschäftigen haben.

Die anderen angeführten Fälle liegen meistenteils so, daß sich die Mitglieder in ärztliche Behandlung begeben haben, aber nicht erwerbsunfähig geschrieben sind. Sie haben dann wochenlang den Arzt nicht in Anspruch genommen. Nachdem die Arbeiter dann infolge Eintritt des Frostwetters arbeitslos wurden, haben sie sich daran erinnert, daß sie vor Wochen einmal beim Arzt gewesen sind und haben sich jetzt, nachdem sie von der Kasse abgemeldet sind, krank schreiben lassen. Auch über diese Fälle werden die zuständigen Instanzen entscheiden können.

Was die persönlichen Bemerkungen über unseren Geschäftsführer betrifft, so glauben wir annehmen zu müssen, daß der Artikelschreiber nicht in der Lage ist, die Fähigkeiten unseres Geschäftsführers zu beurteilen. Vorstand und Ausschuß kennen infolge der langjährigen Tätigkeit unseres Geschäftsführers die Fähigkeiten und Kenntnisse desselben und glauben, daß derselbe infolge seiner Vorbildung und Praxis die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung objektiv auslegen und sich betreffs der Kenntnisse und Fähigkeiten wohl mit dem Geschäftsführer jeder anderen Krankenkasse vergleichen kann.

Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß Mitglieder unserer Kasse, welche entlassen waren, nicht nur Krankengeld, sondern zugleich auch Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Auch diese Fälle werden den zuständigen Instanzen unterbreitet werden. Die Beurteilung eines derartigen Handelns überlassen wir den Lesern dieser Zeitung.

Halle a. d. S., den 12. Februar 1926.

A. Rothkopf.

Vorsitzender des Ausschusses der Innungskrankenkasse der Bauinnung zu Halle a. d. S. und den Saalkreis.

Die Berichtigung ist köstlich. Es wird zugegeben, was wir schrieben. Dabei behauptet die Kasse wieder, daß einem Versicherten, der, weil eine Krankheit bei ihm eingetreten ist, sich vormittags einen Krankenschein besorgt, mittags aus der Arbeit ausscheidet und erst am nächsten Tag zum Arzt geht, nur die Mindestleistungen zustehen, weil die Krankheit erst eingetreten sei mit dem Moment, wo der Mann zum Arzt geht. Diese Auffassung ist recht sonderbar. Daran ändert auch das nichts, daß der Vorsitzende des Versicherungsamts in der Vorentscheidung dieselbe Auffassung vertritt. Man müßte dann jedem Menschen raten, nur ja nicht zum Arzt zu gehen, weil er davon krank wird und, wie im vorliegenden Falle, gleich arbeitsunfähig. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die höheren rechtsprechenden Instanzen nicht entscheiden werden, daß die Krankheit und damit auch der Versicherungsfall erst dann eintritt, wenn der Arzt aufgesucht wird, sondern nur der bereits Erkrankte besorgt sich einen Krankenschein und geht zum Arzt. Was die anderen angeführten Fälle anbetrifft so schreibt die Kasse in der „Berichtigung" von „meistenteils". Das schlechte Gewissen schlägt der Kasse also doch so sehr, daß sie nicht einmal den Versuch unternimmt, in der „Berichtigung" auch nur einen einzigen Fall bestimmt aufzuzeigen, wo wir im Unrecht wären. Recht drollig macht sich die Ausführung über den Geschäftsführer. Wir hatten gar nicht geschrieben, daß der Geschäftsführer dumm ist, sondern nur zwei Möglichkeiten aufgezeigt. Entweder, daß seine Kenntnisse nicht ausreichend scheinen, wenn ja, daß er nicht genug „Rückgrat" hat, die aus seinen Kenntnissen geschöpfte Ueberzeugung beim Vorstand und Ausschuß durchzusetzen. Der Ausschuß schreibt jetzt, daß der Geschäftsführer zu den klügsten Menschen in Halle gehört. Gut. Warum erwähnt er die von uns aufgestellte zweite Möglichkeit überhaupt nicht? Haben wir da doch recht? Immerhin sind wir sehr erfreut darüber, daß die Kasse uns ein Schreiben zusendet, das sie Berichtigung nennt. Es hat also den Anschein, als ob die Kasse gewillt ist, sich zu bessern. Wir werden sie bei vorkommenden Ungesetzlichkeiten wieder erinnern.

Aus unserer Rechtsauskunft

Kündigung, Hausangestellte

Wenn beim Dienstantritt keine Kündigungsfrist vereinbart wird, so ist bei Monatslohn die Kündigung an jedem Tage vom 1. bis zum 15. des Monats zulässig. Aber nur zum Monatsschluß kann diese Kündigung ausgesprochen werden. Will die Herrschaft oder die Hausangestellte, daß auch zum 15. des Monats gekündigt werden kann, so muß das besonders vereinbart werden (§ 621 BGB.). Bei Wochenlohn ist die Kündigung nur zum Schluß der Kalenderwoche zulässig und hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen.

Uneheliche Kinder, Tod des Vaters

Mit dem Tode des Vaters des unehelichen Kindes, auch wenn dieser vor der Geburt des Kindes gestorben ist, geht der Unterhaltsanspruch auf die Erben des Vaters über. Die Erben aber können das Kind mit dem Pflichtteil — die Hälfte des gesetzlichen Erbteils (§ 2303 BGB.) abfinden, der dem Kinde gebühren würde, wenn es ehelich wäre (§ 1712 BGB.).

Invalidenrente, Beginn

Die Invalidenrente beginnt mit dem Tage, wo die Invalidität eintritt. Läßt sich der Zeitpunkt des Eintritts nicht nachweisen, so beginnt sie mit dem Tage der Antragstellung (§ 1256 RVO.). Länger als auf ein Jahr rückwärts vom ersten Tage des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde, wird die Rente nicht gezahlt (§ 1253 RVO.). Liegt die Invalidität bereits länger zurück, so ist der Antrag noch nachträglich als rückwirkend bis auf ein Jahr zu ergänzen, wenn der Antragsteller nur deshalb den Antrag nicht rückwirkend stellte, weil er es nicht wußte (§ 119 BGB.).

---

* **Kommunistische Erwerbslose!** Am Donnerstag, dem 35. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Produktivsaal, Lerchenfeldstr., eine wichtige Fraktionssitzung statt. Alle erwerbslosen Genossen müssen unbedingt erscheinen. Parteibuch dient als Ausweis.

Gewerkschaftsabteilung, Halle-Merseburg.

Amtsbezirk Dieskau

Alle Arbeiter-Sportvereine des Amtsbezirks Dieskau werden zu der am Donnerstag, dem 25. Februar, im Gasthof Zwintschöna stattfindenden Versammlung nochmals dringend eingeladen. Sollte ein Verein keine Einladung erhalten haben, so gilt diese Notiz als solche. Auch die Funktionäre der KPD. und des RFB. haben zu erscheinen.

Petersberg

Wilddiebe in Kütten am Petersberg! Ja, das ist selbstverständlich, daß da ein Polizeiaufgebot hin muß. Nämlich die Sache war so: Am 20. Januar d. J. fuhren zwei Arbeiter von Kütten nach Ostrau, um von der Mühle Mehl zu holen. Sie hatten zu diesem Zweck einen mit einem Hund bespannten Schlitten. Die Hinfahrt verlief ohne Störung, jedoch bei der Rückfahrt saß etwa 50 Meter vom Wege ab ein Hase. Diesen erblickte der vorgespannte Hund. Darob entsetzt, zerreißt das Ungetüm von Hund sein Geschirr und setzt dem unschuldigen Hasen, welcher sich erst noch putzte, nach und erwischt ihn auch (weil er krank war). Um diesem Wilddieb sein Handwerk zu legen, läuft einer der Begleiter ihm nach und reißt ihm seine Beute aus den Zähnen. Aber das Auge des Gesetzes wacht, und siehe da, in kurzer Zeit folgen pflichtgemäß zwei Landjäger und das Resultat: Haussuchung! Wir sind in diesem Bezirk zwar derartige Besuche gewöhnt, denn die Landjäger sind unsere häufigen Gäste, sogar wenn bei Barchert Willy Tanz ist, sind sie da. Aber wir möchten doch dringend bitten, wenigstens die Pietät zu wahren. Wenn den Landjägern gesagt wird, daß tags zuvor die Mutter gestorben ist, und sie doch das Haus verlassen möchten, so könnten sie es doch tun. Aber erst als einer mitging und den Landjägern die Stelle zeigte, wo der Hund den kranken Hasen gefressen hatte, verließen sie das Trauerhaus.

Arbeiter-Sport

Mitgliederversammlung des TV. „Die Naturfreunde"

Die hiesige Ortsgruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde" hielt am vergangenen Mittwoch ihre fällige Mitgliederversammlung ab. Sie hatte sich mit vier folgenden Tagesordnungspunkten zu beschäftigen:

1. Eingänge. 2. Berichte. 3. Wahl der Delegierten zum Gautag. 4. Verschiedenes.

In den ersten beiden Punkten nahm man in der Hauptsache Stellung zu der am 13. bis 21. März in Halle stattfindenden Ausstellung, die nunmehr endgültig in der Aula der Klosterschule untergebracht werden soll. Hierbei wurde ganz besonders das eigenartige Geschäftsgebaren des Geschäftsführers des „Volksparks", Koch, in scharfer Weise kritisiert. Die Mitglieder nahmen einstimmig eine vom Genossen Oelschlägel (SPD.) eingebrachte Resolution an, die das Verhalten der „Volkspark"-Verwaltung nicht nur brandmarkt, sondern eine Abstellung dieser Mißstände fordert. Diese Resolution sollte nach einem fast einstimmigen Beschluß in beiden Arbeiterzeitungen veröffentlicht werden. Zum Gautag wurden die Genossen Krech, Metzger als Delegierte, Schleh und Emmerich als Ersatzleute gewählt.

Nachdem die Versammlung noch ihre Bestätigung zu den vom Vorstand vorgeschlagenen Beitragssätzen gegeben hatte, wurden nach längerer Aussprache einige Anträge zum Gautag (Regelung der Ferienheime usw.) angenommen. In schon vorgerückter Stunde nahm die Versammlung ihr Ende mit dem Wunsche, daß sich an der bevorstehenden großen Arbeit die gesamte Mitgliedschaft restlos zur Verfügung stellen möge.

•

Warum ist die angenommene Resolution noch nicht in die Hände beider Arbeiterzeitungen gelangt?

Expanderklub „Lützalo". Alle Schüler treffen sich heute nachmittag 5 Uhr auf dem Platze.

Kraft- und Artistenklub „Atlas". Die 1. Handballmannschaft weilte am 21. Februar zu einem Freundschaftsspiel in Schafstädt. Schafstädt 1. siegte mit 2 : 0, Halbzeit 1 : 0. Das Spiel war flott und eifrig. Der Schiedsrichter von Ammendorf leitete das Spiel einwandfrei. Der Torhüter von „Atlas" war nicht erschienen und bezahlt eine Mark Strafe.

Kraft- und Artistenklub „Atlas". Die erste Handballmannschaft spielt Sonntag, den 28. Februar, mittags von 11 bis 12 Uhr gegen Wörmlitz 2. Atlas Schüler gegen Achilles Schüler vormittags von 9 bis 10 Uhr in Wörmlitz.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Dienstag 6 Uhr Produktiv Bezirk 1 Versammlung.
Mittwoch 6 Uhr Produktiv Bezirk 2 und 3 Versammlung.
Donnerstag 6 Uhr Produktiv Mandolinengruppe, 7 Uhr Produktiv Ortsvorstandssitzung.
Freitag 6 Uhr Produktiv Gruppenabend.
Sonnabend 4 Uhr Produktiv Funktionärsitzung.

Verantwortlich: Otto Kilian, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: I. V.: Wilhelm Barnas, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

...ute Abend 8 Uhr im „Volkspark": Soermus-Kunstabend

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0007

Unser Arbeiterkinderheim Barkenhoff

Von einer Genossin geschrieben, die einen Kindertransport nach dem Barkenhoff brachte

Das Kinderheim liegt in Worpswede bei Bremen und ist ein schönes Gut. Keine Villa, wie das Arbeiterkinderheim „Mopr" in Elgersburg, sondern ein richtiges Gut mit 14 Morgen Gelände (Aecker, Wiesen, Garten, Wald, Spielplätze und einem großen Teich). Auch Viehwirtschaft wird dort getrieben, und zwar besitzt das Kinderheim augenblicklich acht Schweine, drei Kühe und ein prächtiges Hühner- und Entenvolk. Die Kinder unserer in den Kerkern schmachtenden Klassengenossen, die sich dort zu einer achtwöchentlichen Erholung befinden, können dadurch natürlich recht gut verpflegt werden. In engster Zusammengehörigkeit leben sie beieinander, ein Leben voller Freude wie wir es allen proletarischen Kindern wünschen möchten. Die Kinder, die schon länger dort waren und nun bald anderen Kampfesbrüdern und -schwestern Platz machen müssen, weinten schon bei dem Gedanken, wieder zurück in ihr altes Elend zu müssen. Nur der Gedanke, auch anderen Kindern diese Wohltat zukommenzulassen, ließ sie ruhig werden.

Es liegt nun an der Arbeiterschaft, durch ihre Opferfreudigkeit, durch regere **Sammlungen für das Kinderheim Barkenhoff** in der kommenden Kinderwoche dafür Sorge zu tragen, daß uns nicht nur dieses Heim erhalten bleibt, sondern daß es besser denn je noch ausgebaut werden kann. Jeder Arbeiter muß sich der **Roten Hilfe anschließen** und muß dadurch die Opfer der Klassenjustiz vor Not und Elend schützen helfen. Wie froh die Kinder sind, daß sie in den harten Zeiten, wo ihre Väter in den Kerkern schmachten müssen, ein gutes Unterkommen gefunden haben, zeigt uns der folgende Brief von sechs jungen Pionieren:

Worpswede, den 3. Februar 1926.

Liebe Genossen!

Wir sind am Freitag in Worpswede angekommen. Am Bahnhof standen einige Genossen und Genossinnen, die uns abholen wollten. Sie erzählten uns, daß die Kinder schon am Nachmittag an der Bahn gewesen wären. Sie sollen krumme Gesichter gezogen haben, als sie sahen, daß niemand kam. Als wir im Heim ankamen, waren noch einige Kinder vor Ungeduld wach, denn sie wollten sehen, wann die neuen Genossen kämen, trotzdem es schon Nacht war. Wir wurden freundlich begrüßt. Am nächsten Abend veranstalteten die Genossen und Genossinnen eine Begrüßungsfeier. Ein Junge aus Berlin hielt eine Ansprache. Es wurden Lieder gesungen und Sprechchöre aufgeführt. Danach machten die Kinder ein Schattenspiel. In einer Proletarierfamilie wird ein Mann verhaftet. Der kleine Junge sprang aus dem Bett und schwor Rache. Nun war die Not über die Familie gekommen und die Nachbarin sagte: „Nun seht Ihr, was Ihr davon habt; niemand hilft Euch!" Aber da kam schon der Genosse von der Roten Hilfe und brachte Unterstützung und der kleine Junge wurde nach Worpswede in das Kinderheim „Barkenhoff" geschickt. Im letzten Akt wurde die Ankunft in Worpswede gezeigt, wie sich die Kinder unsere Ankunft gedacht hatten. Eine große Lokomotive kam auf die Bühne gefahren und die Kinder empfingen ihre neuen Genossen. Sie fuhren die Pakete nach Hause, indem sie die „Internationale" sangen. Jedes Kind hielt einen großen Buchstaben in der Hand. Diese Buchstaben ergaben den Satz: „Es lebe die Rote Hilfe." Trotzdem wir erst **ein paar Tage hier sind, gefällt es uns hier so gut, daß auch wir in den Ruf einstimmen: „Es lebe die Rote Hilfe."**

Grüßt bitte die Genossen, die uns in Halle so freundlich aufgenommen haben und grüßt auch die Kinder in Halle, die die nächsten Wochen mit uns zusammen hier verbringen werden. Seid bereit!

Kurt Wandt, Hugo Winter, Walter Pittori, Karl Schönemann, Karl Kühn, Luise Pittori.

Eine Tagung des Internationalen Bundes

Am 21. Februar tagte der Beirat des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit in Leipzig. Der **Geschäftsbericht** des Genossen Knoblauch zeigt, daß trotz des wirtschaftlichen Niedergangs ein weiterer Aufstieg der Organisation festzustellen war. 46 neue Ortsgruppen wurden gegründet. Die Mitgliederzunahme beträgt zirka 5000, so daß der Bund jetzt **87 000 Mitglieder** zählt. Die Beitragseingänge haben trotz der lang anhaltenden Wirtschaftskrise gegenüber 1924 sich um 15 000 Mark erhöht.

Die seit 1½ Jahren bestehenden **Hinterbliebenensektionen** sind auf 96 angewachsen, die Hinterbliebenen stellen heute in der Organisation und in der Fürsorge ein sehr aktives Element dar. Die Bundesleitung führt monatliche Mitarbeiterinnenbesprechungen für die Durchführung der Arbeit der Hinterbliebenen durch. Vor dem Reichsversorgungsgericht, Reichsversicherungsamt, Reichswirtschaftsgericht wurden vom 1. März 1925 bis 30. Januar 1926 insgesamt 977 Termine wahrgenommen. Wie reaktionär die Politik des Reichsarbeitsministers sich auch auf die Reichsversorgungsgerichte auswirkt, zeigt, daß davon 416 abgelehnt wurden.

Das **sozialpolitische Referat** hielt Karl Tiedt. Er knüpft an den gegenwärtigen Reichstagsverhandlungen beim Etat des Reichsarbeitsministeriums an, die einen ungeheuren Raubzug bei den Erwerbslosen, den Arbeitsinvaliden und den Kriegsopfern offenbarten. Allein bei den Unfallgeschädigten wurden 43 Millionen eingespart. Bei der Invalidenversicherung sind bei einer Verdreifachung der Zahl der Rentenempfänger seit 1913 die zur Auszahlung gelangten Beträge nicht einmal verdoppelt worden. 3 Milliarden Mark waren 1913 an Vermögen vorhanden. Die Hälfte hätte genügt, um alle Invalidenrenten für 25 Jahre kapitalisieren zu können. So wurden sie darum betrogen und mußten schwere Hungerjahre durchmachen. Dagegen erhalten einige hundert Regierungsmedizinalräte, sogenannte Rentenquetscher, allein 4 Millionen Mark an Gehältern und Wohnungszuschüssen. Die Fülle von Material soll als besonderes Material herausgebracht werden.

Eine Resolution **für das Volksbegehren gegen den Fürstenraub und gegen den Mietswucher und Wohnungsnot** fand einstimmige Annahme.

Ueber die Internationale Kriegsopfervereinigung und die Lage der Kriegsopfer und der Sektionen der JAK. (Kriegsopferinternationale, Richtung Barbusse) sprach der internationale Sekretär Genosse Hans Richter. Die **Kriegsopferdelegation nach Sowjet-Rußland** soll im April abreisen. Telegramme wurden an die österreichische, belgische und die beiden französischen Sektionen abgeschickt. Eine Reihe sozialpolitischer Anträge wurden zur Erledigung an die Bundesleitung verwiesen. Mit dem Gesang der Internationale schloß die Tagung, die einen wesentlichen Fortschritt der Organisation verzeichnen konnte.

Neues vom Tage

Der adlige Sadist als Erzieher

Prozeß gegen den Freiherrn von Lützow

Berlin, 22. Februar. Heute begann in Lichterfelde vor dem erweiterten Schöffengericht der für zwei bis drei Monate berechnete **Prozeß gegen den Freiherrn v. Lützow,** der angeklagt ist, als Leiter des Landeserziehungsheims in Zossen an den ihm unterstellten Jugendlichen, zum Teil unter 14 Jahren alt, **unzüchtige Handlungen und schwere Mißhandlungen** vorgenommen zu haben. Trotzdem zu diesem Prozeß zirka 600 Zeugen geladen wurden, also mit einer sehr schweren Belastung des Angeklagten zu rechnen ist, beantragte der Verteidiger die sofortige Haftentlassung mit der Begründung, der Angeklagte sei durch die 15 Monate lange Untersuchungshaft so mitgenommen (!), daß er möglicherweise gar nicht in der Lage sei, bis zum Schluß des Prozesses durchzuhalten. „Auch bestehe keine Gefahr, daß die jugendlichen Zeugen, die hier auftreten werden, sich durch das Kainszeichen der Untersuchungshaft (!) zu ungunsten des Angeklagten beeinflussen lassen könnten." Der Verteidiger beantragte ferner, daß Lützow sein **Ehrenwort (!) abgenommen** werde, daß er sein Zossener Heim nicht betrete und pünktlich zu den Sitzungen des Gerichts erscheine. Nachdem der Staatsanwalt auf die Gefahr der Beeinflussung der Zeugen durch den Angeklagten hingewiesen und gegen die Haftentlassung energisch protestiert hatte, wurde nach halbstündiger Beratung vom Gericht verkündet, daß der vom Untersuchungsrichter erlassene **Haftbefehl aufzuheben und der Angeklagte sofort auf freien Fuß zu setzen sei.**

„Lasset die Kindlein zu mir kommen — —"

Der „Frankfurter Volksstimme" entnehmen wir folgende Notiz:

„In der Hauskirche des Bischofs, der Michaelskirche in Fulda, hatte der langjährige Kanzlist der bischöflichen Kanzlei, Hieronymus Gutberlet, nach seiner Pensionierung Anstellung als Küster gefunden. Als solcher bewies er ein besonderes Interesse an der weiblichen Schuljugend, das nach Verlauf von einigen Monaten den „Kinderfreund" mit dem § 176 des Strafgesetzbuches in Konflikt brachte. Unter Versprechungen von Süßigkeiten verstand es der Frömmler, zehn- bis zwölfjährige Mädchen in die unterirdischen Gewölbe, die Krypta, zu locken, um ihnen angeblich die Sehenswürdigkeiten der altehrwürdigen Michaelsbasilika und der unterirdischer Krypta zu zeigen. Dort hat sich der 65 Jahre alte Frömmler an verschiedenen Mädchen unsittlich vergangen. Die Sache kam zur Anzeige, und jetzt stand Gutberlet vor dem großen Schöffengericht wegen Sittlichkeitsverbrechens. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde als strafverschärfend hervorgehoben, daß der Angeklagte die unsittlichen Handlungen an geweihtem Orte begangen hat. Gutberlet ist als ein eifriger Kirchengänger und Stückerosenkranzbeter bei den übrigen Katholiken Fuldas bekannt. Das hinderte ihn jedoch nicht, sich dem Teufel Vitru zu verschreiben."

Gegen **diese** Durchführung des Christus-Wortes (siehe Ueberschrift!) hilft nur **die Entfernung der Kinder vom Religionsunterricht!**

Kochen kann jede Hausfrau. Aber **gut zu kochen** will verstanden sein. Auch die Zubereitung guter Suppen ist nicht leicht. Das erfordert Mühe und Zeit. Dieser Sorge ist die Hausfrau heute enthoben: Sie greift zu den kochfertigen **„MAGGI^s Suppen-Würfeln"** und stellt daraus ohne langes Zurichten, in kurzer Zeit, nur mit Wasser die feinsten Suppen her. — 1 Würfel für 2 Teller 12 Pfg. —

Sein Mahnruf

der Film des russischen Volkes läuft

in Jeßnitz, Donnerstag, im „Goldenen Lamm"

*655 Sonntag, im „Volkshaus"

in Sandersdorf, Freitag, im „Thüringer Hof"

in Raguhn, Sonnabend, im „Goldenen Stern"

Sonnabend- und Sonntagnachmittag:

Kinder-Vorstellung

Stadt-Theater

Heute Dienstag 8 Uhr **Gabe Gottes**
Mittwoch 8 Uhr **Verkaufte Braut** Ende 10¾ Uhr
Donnerstag 8 Uhr **„Judith"** Gastsp. Maria Fein vom Deutschen Theater, Berlin
Ende 11 Uhr

Gartenbesitzer!

Ia. Apfel-, Birnen-, Kirsch- u. Walnußbäume, Edelpflaumen, veredelte Pfirsich u. Aprikosen, Beerenobst, Rosen, Schlingpflanzen, Alleebäume und Ziergehölze

Pflanzenausstellung und Verkaufsstelle am Riebeckplatz, neben C.-T.-Lichtspiele Merseburger Straße

Besichtigung ohne Kaufzwang erbet.

Carl Lieberts Fachgärtnerei

— Fernruf 4620 — 656

Von **Mittwoch 10 Uhr** an steht ein frischer Transport prima

Futter-Schweine

das Pfund für **1 Mark** zum Verkauf, sowie **Ferkel** in großer Auswahl

H. Richter, Trothaer Str. 80, Tel. 3752

Arbeitslose

können leicht 20 bis 30 Mk. täglich verdienen durch Vertrieb eines unverbrennbaren Feueranzünders. Das Ideal jed. Hausfrau zum Feuermachen. Muster 40 Pf. in Marken *658

B. Zahn & Co., Calw, Württemberg

Empfehle Alle Sorten frische **Hausschlachtewurst, ff. Gehacktes, Pökelknochen,** sowie sämtl. Fleischwaren

H. Brona, Eisleben, Rammtorstraße 11

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Mieter-Verein Rasberg

Mittwoch, 24. Februar 1926, abds. pünktl. 8 Uhr im „Schweizergarten"

Jahres-Haupt-Versammlung

mit sehr wichtiger Tagesordnung (u. a. Stellungnahme zum Wohnungsbau. Alle Mitglieder (auch neu hinzutretende) werden um ihr Erscheinen gebeten

197 **Der Vorstand**

Sohlleder-Ausschnitt Gummi-Absätze

liefert billigst

Paul Andersch Magdeburger Straße 8

Grauer Anzug

guterhalten, f. 14 b. 16jähr. Jg. zu verk. Weißenfels. Lutherst. 41

Walhalla

Dir. Paul Blüthgen Tel. 8385
Pünktlich 8 Uhr

Das große Varieté-Programm mit Breitbart

Bekanntmachung

Verdingung

Nachstehende Arbeiten und Lieferungen:

1. betr. Ausbau der Scheune im Grundstück Breiter Weg 105 zu einem Gerätehaus für die „Freiwill. Turner-Feuerwehr":
   a) Erd- und Maurerarbeiten einschl. Materiallieferungen
   b) Zimmererarbeiten einschließlich Materiallieferungen
   c) Tischlerarbeiten *657
   d) Glaserarbeiten
   e) Klempner- und Installationsarbeiten;
2. als „öffentliche Notstandsarbeiten":
   a) die Neudeckung der Chaussee Eisleben - Gerbstedt — Alsleben vom km 2,0 und 65 bis km 3,2 und 35 einschl. Materialbeschaffung
   b) die Neudeckung der Chaussee Eisleben — Aschersleben vom km 2,7 und 75 bis km 3,3 und 35 einschließlich Materialbeschaffung
   c) die Abschachtung u. Abfuhr von Bodenmassen auf d. Grundstücke Sangerhäuser Straße Nr. 25

sollen vergeben werden. Hierzu ist ein Verdingungstermin auf

Montag, den 1. März 1926, vormittags 10 Uhr,

im Stadtbauamt, Herrenstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 14, angesetzt. Angebote sind auf vorgeschriebenem Formular verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zu dem angegebenen Termin nach dem Stadtbauamt einzureichen, woselbst auch Angebotsvordrucke gegen eine Gebühr von 1 RM. je Stück entnommen und auch die Bedingungen und sonstigen Unterlagen eingesehen werden können

Eisleben, den 20. Februar 1926

Der Magistrat

Zuverlässiger Zeitungsträger

für **Lösau** gesucht. Zu melden beim Genossen **Gustav Degen**

Zeitungsträger

für **Esperstedt** sofort gesucht

Meldungen bei **Max Wagenknecht, Ober-Esperstedt**

Die Volksbuchhandlung Wittenberg

Jüdenstraße 10

empfiehlt politische und schöngeistige

Literatur

Sämtliche

Schul- und Schreibwaren

Außerdem ,64

werden sämtliche Aufträge an

Drucksachen und Inserate

entgegengenommen

★ Inseratenannahme ★

für die Mansfelder Lande für

„Klassenkampf"

Eisleben, Rathausstr. 7

Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Wiener-Lichtspiele Piesteritz

Dienstag bis Donnerstag das große Programm

Auf vielseitigen Wunsch 196

Verlängerung des Gastspiels des berühmten Instrumentalkünstlers **Arno Wolf** mit ganz **neuen Darbietungen**

„Die drei Musketiere"

3. u. 4. Teil, nach dem berühmten Roman von Alexander Dumas

Anfang an allen Tagen pünktlich 8 Uhr

Arbeits-Hosen und -Röcke

G. Lukas

Merseburg

195 Sand 1

Zahnpraxis Zimmermann, Riebeckplatz Tel. 4830 Zahlungserleichterung

DER 2. BAND

der Kriminalroman-Serie des Neuen Welt-Verlages ist jetzt erschienen.

LAWRENCE H. DESBERRY

EJUS

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Hermynia zur Mühlen.

Broschiert 2,50 Mark

182 Seiten, in Halbleinen gebunden und mit einem zweifarbigen Titelbild versehen, Preis Mk. 4.50

Dieser Roman vermittelt einen spannenden Ausschnitt aus den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Neuen Welt, deren Erbitterung und gigantisches Ausmaß die selbst von schwersten Kämpfen heimgesuchte Alte Welt kaum ahnen läßt. Unter Benutzung einer dramatisch gesteigerten Kriminalgeschichte ein konzentrisch geführter Sturmangriff auf die ökonomischen und moralischen Zwingburgen der herrschenden Klassen, dessen Schilderung den Leser von der ersten bis zur letzten Seite fesselt.

Zu beziehen durch die **Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren Filialen

Haben Sie Bedarf in:

Oberhemden m. Krag. 3,90

Einsatzhemden von 1,95 an

Krawatten Hüte, Mützen usw. usw.

nur bei

Curt Tilk

Weißenfels

Jüdenstraße 21 (Union)

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr

Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Familien-Nachrichten

Am Sonnabend, dem 20. Februar entschlief nach kurzem Krankenlager mein lieber Sohn, Bruder u. ... der Kaufmann

Fritz Voigt

im Alter von 27 Jahren

Halle, Schmiedstr. 32

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags ... auf dem Südfriedhof statt

Am Sonnabend, dem 20. Februar 1926, verstarb durch Freitod ... Kamerad

Friedrich Aehle

im Alter von 52 Jahren

Sein Andenken werden wir in Ehren halten

Ortsvorstand Halle des ...

Gestern Abend 6½ Uhr ... samt unser guter Vater, Großvater, Urgroßvater, der Rentner

Rickert Bruns

im 75. Lebensjahre

Dies zeigen tiefbetrübt an

Frau Ida Bruns geb. ... nebst Kindern und Enkeln

Danksagung

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders

Karl

sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Genossen Riebenstahl für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie dem Arb.-Sängerchor, dem Arb.-Sportverein Kröllwitz, dem RFB., der Geschäftsleitung und Kollegen der Produktiv-Genossenschaft, auch seinen Kollegen der halleschen Druckereien für das letzte Geleit

In tiefer Trauer:

Familie Nützer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0008
DFG

Nummer 2 Jahrgang 6

Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H., Berlin, Planufer 17. | im Februar 1926 | Verantwortlicher Redakteur: Paul Merker, Berlin Rosenthaler Straße 38.

Die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Krise.

I

3 bis 4 Millionen Arbeitslose, weitere Millionen Kurzarbeiter, Lohnabbau auf der ganzen Linie, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Beseitigung des Urlaubs, Kündigung fast sämtlicher Rahmen- und Lohntarife durch die Unternehmer, mit dem Zweck, die Arbeitsverhältnisse noch mehr zu verschlechtern. Das ist die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, **das ist die Lage der Arbeiterklasse zu Beginn des Jahres 1926.**

Welchen Widerstand gegen diese Verschlechterung leistet das Proletariat? Welche Gegenmaßnahmen führen die Gewerkschaften durch?

Trotzdem feststeht, daß die Herabsetzung der Löhne, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Verlängerung der Arbeitszeit, der Raub des Urlaubs usw. von der noch im Verband stehenden Arbeiterschaft mit wenigen Ausnahmen kampflos hingenommen wird, wäre es doch grundfalsch, von einer allgemeinen Passivität des Proletariats zu reden. Im Gegenteil, wer die Dinge schärfer zu sehen vermag, muß überall den Willen zum Kampf in den verschiedenen Proletarierschichten feststellen. Das ist leicht erkennbar dort, wo es ausnahmsweise zum Kampf, zum Streik gegen das Unternehmertum kommt, wie bei den Karosseriearbeitern in Berlin, in Süddeutschland bei den Arbeitern der Schwarzwälder Uhrenindustrie und einigen anderen Bezirken und Industriezweigen. Trotz ihrer geringen Erfolgaussichten kämpfen die Arbeiter mit unübertrefflichem Mut und Ausdauer.

Woran liegt es aber dann, daß die Mehrzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Verschlechterung ihrer Lage kampflos hinnehmen?

Es ist einmal die durch die massenhaften Betriebsstillegungen erzeugte allgemeine Sorge aller Arbeiter, in vielen Monaten, ja sogar Jahren keine Arbeit mehr zu bekommen, wenn sie die jetzige Arbeitsstelle verlieren. Zum anderen ist es das Fehlen jeglichen Planes, jeglichen Systems, ja jeglicher Initiative der Gewerkschaften bei den notwendigen Abwehrkämpfen, die Gewerkschaften lassen **die Dinge einfach treiben.** In der Regel wenden die Gewerkschaftsführer nicht nur alle ihre Kunst auf, um es möglichst nicht zu einem Kampf kommen zu lassen, sondern sie veranlassen auch die Arbeiter direkt oder indirekt, sich mit dem Lohnabbau oder der Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse einverstanden zu erklären, bis „bessere Zeiten kommen". Soweit diese Bestrebungen der Gewerkschaftsführer nicht gelingen und es zum offenen Kampf und Streik kommt, wird zwar in der Regel der Streik sanktioniert, aber die Gewerkschaft steht ruhig zu, wie eine Gruppe Woche um Woche streikt, sich verblutet, ohne irgend etwas zu tun, ohne die kämpfende Gruppe durch anderweitige Kampfmaßnahmen unterstützt und ihr Sieg ermöglicht wird.

So verblutet sich nutzlos eine streikende Gruppe um die andere. Dies bietet das denkbar schlechteste Beispiel für die übrige Arbeiterschaft, die ebenfalls vom Lohnabbau usw. bedroht ist.

Die Arbeiter können bei dieser Passivität und Zielsigkeit der Gewerkschaften beim besten Willen keinen Glauben an ihren Sieg im Falle eines Kampfes haben.

Bei dem Fehlen jeglicher systematischen Aktion, jeglicher Verbindung der Lohnbewegungen und Kämpfe der verschiedenen Proletarierschichten, kurz des Fehlens jeglicher gewerkschaftlichen Führung gegenüber dem geschlossenen und systematischen Auftreten des Kapitals muß die Belegschaft eines Betriebes oder einer Berufsgruppe von vornherein zu der Ueberzeugung kommen, daß jeder entschlossene Widerstand, jeder Kampf und Streik gegen Lohnabbau usw. vergeblich ist und nur dazu beiträgt, ihre Lage noch mehr zu verschlechtern bzw. ihre sichere Arbeitslosigkeit für längere Zeit herbeizuführen.

Das sind die Ursachen der „Passivität" der Arbeiterschaft.

Die Passivität ist in Wirklichkeit nicht vorhanden, allgemein ist vielmehr der Wille zur proletarischen Gegenaktion vorherrschend, wird aber von den Gewerkschaften nicht ausgenutzt.

II.

Mit den hier vorgezeichneten Verhältnissen hat sich das ZK., Abteilung Gewerkschaften, gründlich beschäftigt und nimmt dazu nachfolgende Stellung ein:

Die Einstellung fast sämtlicher Gewerkschaftsleitungen, wonach nur bei guter Konjunktur gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden können, aber in Zeiten der Krise vermieden werden müssen, muß energisch bekämpft werden. Im Gegenteil, gerade in der jetzigen, die gesamte Arbeiterklasse aufs schärfste bedrohenden Krise, müssen alle Macht- und Propagandamittel der Gewerkschaften eingesetzt werden zum

Kampf gegen kapitalistische Anarchie,
Kampf gegen die mörderischen Auswirkungen der Krise.

Dazu ist notwendig:

Breiteste Massenaufklärung über die Ursachen der Wirtschaftsanarchie mit dem Hinweis, daß der einzige Ausweg aus der Krise in der Aufrichtung und Erkämpfung der sozialistischen Wirtschaft liegt. Die schärfste Betonung dieser Forderungen innerhalb der Gewerkschaften ist um so notwendiger, als sich zahlreiche Gewerkschaftsleitungen bei ihren Versuchen, an der Lösung der Krise mitzuwirken, voll und ganz auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaft stellen und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0009

in den Reihen des Proletariats den Kampf um den Sozialismus vollkommen verschweigen.

Ein erfolgreicher Abwehrkampf gegen Betriebsstillegungen, gegen jeden Massenabbau von Arbeitern, Beamten und Angestellten, muß systematisch organisiert werden unter Zusammenfassung aller in Frage kommenden Proletarierschichten.

Die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen darf nicht nur von Parlamenten und Kommunen gefordert werden, sondern es muß von den Gewerkschaften ein Kampf geführt werden für Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, für Zwangsregelung der Produktion unter Mithilfe und Kontrolle der Gewerkschaften durch Ausführung von Notstandsarbeiten durch Staat und Kommune. Darum:

Keine Gruppen- oder Massenentlassungen ohne gleichzeitige Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit.

Gewerkschaftlicher Kampf auf breitester Grundlage für ausreichende Unterstützung an alle Erwerbslosen, soweit ihnen keine entsprechende Arbeitsgelegenheit beschafft werden kann, für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

Gegen Lohnabbau und Akkordabzug muß ein zielbewußter organisierter Abwehrkampf auf breitester Grundlage geführt werden, der sich zum Ziel setzt: Erzwingung von Lohnerhöhungen. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn in die Lohnbewegungen der Arbeiter die lebenswichtigen Betriebe einbezogen werden.

Der Kampf um die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit als Maximalarbeitstag ist gerade in der gegenwärtigen Zeit mit aller Unerbittlichkeit durchzufechten. Daher müssen die Gewerkschaften darauf drücken, daß alle Unternehmer, die, solange es noch Arbeitslose gibt, Arbeiter oder Angestellte und Beamte zu längerer Arbeit veranlassen, mit Gefängnis bestraft werden.

Zur restlosen Durchführung des Achtstundentages müssen alle Tarifbestimmungen, die eine längere als achtstündige Arbeitszeit vorsehen oder zulassen, sowie die Ueberschichtenabkommen im Bergbau sofort aufgehoben werden.

Die Gewerkschaften haben sich weiter einzusetzen für den Kampf um Besserung des sozialen Schutzes, der Sozial- und Rentenunterstützung jeglicher Art. Es muß die Garantie geschaffen werden, daß die Unternehmer Arbeiter und Angestellte nicht aus den Werkswohnungen treiben können.

Der Kampf für die Rechte und die Entlohnung der Jugendlichen und der Frauen ist gerade in der jetzigen Zeit eine sehr wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, denn jugendliche und weibliche Proletarier werden in Krisenzeiten von den Unternehmern noch rücksichtsloser als gewöhnlich als Lohndrücker benutzt. Die Jungarbeiter und Frauen müssen daher zur aktivsten Mitarbeit herangezogen, an der Gewerkschaftsarbeit interessiert werden. Dadurch wird es gelingen, die Millionen Frauen und Jugendlichen den Gewerkschaften zuzuführen.

Engste Kampfgemeinschaft auch mit dem Millionenheer von Beamten.

Dieses wird heute genau so ausgebeutet, unterdrückt und auf die Straße gesetzt wie die Industriearbeiter und Privatangestellten. Während die Zahl der Aufpasser und Antreiber, der oberen und höchsten Beamten vermehrt, deren Gehälter ins Ungemessene erhöht und durch Korruptionszuschüsse ergänzt werden, wird den unteren wirklich arbeitenden Beamten jede Gehaltszulage verweigert. Darum müssen auch die Nichtbeamtengewerkschaften mitkämpfen für:

Verringerung der Gehaltsklassen bei den Beamten, d. h. Erhöhung der unteren Gehälter auch auf Kosten der oberen Gehaltsklassen.

Verbot weiteren Beamtenabbaues bei den unteren arbeitenden Gruppen, dagegen Entlassung aller reaktionären monarchistisch-faschistischen Oberbeamten.

Kampf gegen die Verminderung der Beamtenrechte und für deren Wiederherstellung, soweit sie — wie bei der Eisenbahn — beseitigt wurden.

Schaffung von Beamtenräten, die mit weitestgehenden Befugnissen und Rechten ausgestattet und gegenüber den oberen Behörden vollkommen unabhängig sein müssen.

Strengste Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit als Maximalarbeitstag, unter Anrechnung jeglicher Dienstbereitschaft als volle Arbeitszeit. Verbindung des ganzen Kampfes der Beamten mit der Bewegung und den Kämpfen der freien Gewerkschaften.

III.

Diese Mindestforderungen können nur durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaften die notwendigen Kampfmaßnahmen und organisatorischen Vorbereitungen treffen.

Es gilt vor allem die Erwerbslosen zusammenzufassen. Durch Bildung von Erwerbslosenausschüssen an jedem Nachweis und engste Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit diesen Ausschüssen muß verhindert werden, daß die Arbeitslosen der Arbeiterbewegung entfremdet und von der Reaktion als Lohndrücker oder zu anderen reaktionären Zwecken mißbraucht werden.

Wirkliche Heranziehung und aktivste Einstellung der Betriebsräte in den Kampf. Zusammenberufung von freigewerkschaftlichen Betriebsrätekonferenzen am Ort, im Bezirk oder für einen Konzern, um die notwendigen Kampfvorbereitungen im Bezirk zu organisieren und die Verbindung der erwerbslosen Arbeiter mit den Arbeitern im Betrieb herzustellen.

Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, systematische und planmäßige Verwendung der gewerkschaftlichen Macht in Angriff wie in Verteidigung; Schaffung von gewerkschaftlichen Kampfbündnissen (wie in England). Keine einzige Gruppe des Proletariats darf wehrlos dem Angriff des Unternehmertums überlassen werden; jeder Kapitalvorstoß muß mit geschlossener Abwehr oder mit wuchtigem Gegenstoß der gesamten Arbeiterklasse beantwortet werden können. Dazu muß alles aufgeboten werden, um auch die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, soweit sie als ehrliche Kämpfer gegen das Unternehmertum in Frage kommen, in die Klassenfront der freien Gewerkschaften einzureihen.

Darüber hinaus gilt es, die internationale Gewerkschaftseinheit zu schaffen. Der Angriff des Kapitals gegen das Proletariat erfolgt auf internationaler Grundlage. Er kann endgültig nur mit internationalen proletarischen Maßnahmen, nur durch Bildung der internationalen proletarischen Kampffront unter Einschluß des revolutionären russischen Proletariats erfolgreich zurückgeschlagen werden.

*

Alle Genossen sind verpflichtet, dieses gewerkschaftliche Kampfprogramm für die Gegenwart als Grundlage ihrer Tätigkeit in Gewerkschaften und Betriebe zu nehmen und dementsprechende Anträge zu stellen, Vorschläge zu machen usw. Darum:

Diesen Artikel ausschneiden! Aufbewahren!

Berufs- oder Industrieverband

II. (Schluß.)

Praktische Maßnahmen in den wichtigsten Industriegruppen.

Das Interesse des Gesamtproletariats und der Gewerkschaftsbewegung fordert gebieterisch die schnellste Schaffung von Industrieverbänden durch die Arbeiterschaft selbst. Deshalb müssen die Kommunisten in jeder Gewerkschaft, in jedem Betrieb dafür eintreten, daß alle Arbeiter, ohne Unterschied der Berufs- und der bisherigen Verbandszugehörigkeit, dem Verband zugeführt werden, der in dem betreffenden Betrieb bzw. der in Frage kommenden Industriegruppe ausschlaggebend ist. Das heißt praktisch:

In den Werken der Metallindustrie gehören nicht nur alle Schlosser, Dreher, Schmiede usw., sondern auch alle Modelltischler, Riemensattler, Transportarbeiter, Kupferschmiede, Hilfsarbeiter usw. in den Metallarbeiterverband.

In den Betrieben der Holzindustrie (einschließlich Klavier- und Musikinstrumenten- und ähnlichen Industriezweigen) sind alle Metallarbeiter, Werkzeugmacher, Heizer, Maschinisten, Lederarbeiter usw. dem Holzarbeiterverband zuzuführen.

In sämtlichen Betrieben der Eisenbahn müssen nicht nur die reinen Eisenbahnarbeiter, sondern auch sämtliche

arbeiter (Schlosser, Dreher usw.) sowie sämtliche übrigen Berufe dem Eisenbahner-Einheitsverband zugeführt werden.

In der **chemischen Industrie** ist der Fabrikarbeiterverband maßgebend. Kein in den chemischen Fabriken beschäftigter Metallarbeiter, Holzarbeiter usw. darf in seiner Berufsorganisation (DMV., DHV. usw.) bleiben, sondern alle müssen sich dem Fabrikarbeiterverband anschließen.

In der **Bauindustrie** bestehen heute neben dem Baugewerksbund, der vor allem die Maurer und Bauhilfsarbeiter umfaßt, die Verbände der Zimmerer, der Maler, Dachdecker, Steinsetzer, Glaser. Es wäre selbstverständlich falsch, wenn in diesen Verbänden nun ein wildes Einzelüberlaufen in den Baugewerksbund einsetzen würde, denn hier ist es weniger eine Frage der geschlossenen Organisation in einem Betrieb, als eine Frage eines geschlossenen Industrieverbandes für den ganzen Industriezweig. Alle Genossen, Betriebsräte und revolutionären Arbeiter in diesen Verbänden müssen in ihrer Gewerkschaft mit aller Energie dafür kämpfen, daß diese kleineren Fach- und Berufsarbeiterverbände in der Bauindustrie schnellstens dem Baugewerksbund angeschlossen werden, um so den längst notwendigen Industrieverband für die gesamte Bauindustrie zu schaffen.

Zwischen den **Verbänden der Eisenbahner, der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Transportarbeiter** ist seit Stattfinden des Breslauer Gewerkschaftskongresses ein Kartellverhältnis zwecks gemeinsamen Vorgehens und mit dem Ziel der späteren organisatorischen Vereinigung aller drei Verbände geschaffen worden. Wie alle derartige Kartellverträge, so hat auch dieser die Tendenz, die organisatorische Zerrissenheit der Arbeiter in den einzelnen Betrieben aufrechtzuerhalten. Das heißt beispielsweise, daß bei den Straßenbahnern der eine Teil im Gemeindearbeiterverband, der andere im Transportarbeiterverband organisiert ist und dieser Zustand weiter dauern soll. Es bestehen daher auch trotz des Kartellvertrages dauernde Grenzstreitigkeiten. Es ist jedoch notwendig, daß unsere Genossen in diesen Verbänden zunächst keine Einzelübertritte von einem in den anderen Verband begünstigen oder betreiben, sondern daß sie ihre ganze Kraft einsetzen, um durch Erweiterung des Kartellvertrages auf dem schnellsten Wege die endgültige organisatorische Verschmelzung aller drei Verbände in einen mächtigen Industrieverband der Staats-, Gemeinde- und Transportarbeiter herbeizuführen.

Im **Nahrungs- und Genußmittelgewerbe** ist ebenfalls alle Kraft einzusetzen, um durch die schnellste Verschmelzung der vier bestehenden Verbände die geschlossene Industrieorganisation zu verwirklichen. In neuerer Zeit scheinen die reformistischen Führer dieser vier Organisationen ihren Widerstand gegen den Industrieverband aufgegeben zu haben und einer Verschmelzung geneigt zu sein. Hier muß kräftig nachgestoßen werden. Sollte jedoch die Bürokratie einer Verschmelzung erneute Schwierigkeiten bereiten, dann muß auch hier von unseren Genossen alles getan werden, um zumindest alle Arbeiter eines Betriebes in einen, den im Betrieb maßgebenden Verband zu bringen.

In allen Verbänden müssen die Kommunisten den übrigen Kollegen vor Augen führen, wie schädlich der gegenwärtige Zustand ist und wie die vom engen Bürokraten- und Berufsegoismus diktierten Grenzstreitigkeiten die gesamte Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem Unternehmertum schwächen und Uneinigkeit und persönliche Zänkereien in die Reihen der Arbeiterklasse hineintragen. Die Kommunisten müssen hier ein praktisches Beispiel geben, daß ihnen das Interesse der Gesamtarbeiterbewegung, der einheitliche, geschlossene und erfolgreiche Kampf gegen das Unternehmertum höher steht als die bürokratischen Interessen der Berufsverbände. Und es nützt gar nichts, sondern nützt der Sache, wenn dabei eine Zahl von Verbänden, wie beispielsweise der der Heizer und Maschinisten, vollkommen verschwinden. Keinesfalls darf sich wo und wann ein Kommunist an solchen Grenzstreitigkeiten beteiligen, sondern muß den rückständigen Anhängern der Verbände immer und stets entgegentreten mit der Parole:

Alle Arbeiter einer Industrie in einen Verband!

Warum müssen die Gewerkschaften auch für die unorganisierten Erwerbslosen eintreten?

Von Aug. Enderle.

Unter den zirka 4 Millionen Arbeitslosen, die gegenwärtig in Deutschland vorhanden sind, ist der weitaus größte Teil gewerkschaftlich unorganisiert. Sollen unter diesen Umständen die Gewerkschaften die Erwerbslosenbewegung vollkommen beherrschen und führen, so ist selbstverständlich eine ganz bestimmte Taktik und ein großes Verständnis der Gewerkschaften gegenüber den Unorganisierten notwendig. So weit jedoch festzustellen ist, ist das Verhalten der Gewerkschaftsinstanzen mit ganz wenigen unter dem Druck der Massen entstandenen Ausnahmen den unorganisierten Erwerbslosen gegenüber nicht entgegenkommend, nicht von der Absicht getragen, diese Unorganisierten für die Gewerkschaften zu gewinnen und zu interessieren, sondern umgekehrt, fast allgemein ist bei den Gewerkschaftsführern die Auffassung vertreten: „Die unorganisierten Erwerbslosen gehen uns Gewerkschaften gar nichts an; wir haben uns nur um die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen zu kümmern; ja, es geschieht den Unorganisierten gerade recht, wenn es ihnen jetzt schlecht geht, warum haben sie sich nicht gewerkschaftlich organisiert, als sie noch im Betriebe waren; wir Gewerkschaften werden nicht das geringste unternehmen, das für die unorganisierten Erwerbslosen Nutzen bringen könnte."

So und ähnlich lauten die Antworten fast aller Gewerkschaftsführer. Aus diesen Gründen lehnen die Gewerkschaftsinstanzen auch die Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse, die von der Gesamtheit der Erwerbslosen gewählt sind, ab, selbst wenn diese Ausschüsse nur aus gewerkschaftlich organisierten Kollegen bestehen. Zum Teil wollen die Gewerkschaften die Erwerbslosenausschüsse nur insoweit anerkennen, als sie ausschließlich von gewerkschaftlich Organisierten gewählt sind und nur gewerkschaftlich organisierte Erwerbslose vertreten. Ja, die Gewerkschaftsinstanzen verlangen sogar, daß in Erwerbslosenversammlungen nur gewerkschaftlich Organisierte zugelassen und die Unorganisierten vollkommen ferngehalten werden. Also, sie sind für eine **Spaltung der Erwerbslosen in Organisierte und Unorganisierte.**

Dadurch werden die Unorganisierten nicht nur ihrem Schicksal überlassen, sondern geradezu den unklaren, anarchistischen oder gelben und offen reaktionären Elementen in die Arme getrieben, außerdem wird auch direkt eine antigewerkschaftliche Stimmung in den Kreisen der Unorganisierten erzeugt und gefördert. Diese nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die gesamte Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung außerordentlich schädliche Taktik findet ihre Krönung in der unsinnigen Bestimmung der Gewerkschaften, Erwerbslose nicht in die Gewerkschaften aufzunehmen. Dadurch wird jede Agitation und Propaganda für die Gewerkschaften, für den Eintritt in die Verbände unter den Erwerbslosen unmöglich, obwohl Tausende und Hunderttausende von erwerbslosen Arbeitern gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit leicht bearbeitet werden können und auch vielfach selbst erkennen, welchen schweren Fehler sie begingen, daß sie während der Zeit ihrer Tätigkeit im Betrieb nicht in die Gewerkschaften eintraten.

Diese falsche Politik und Taktik der Gewerkschaftsinstanzen gilt es mit aller Schärfe zu bekämpfen. **Die Gewerkschaften haben die Pflicht, für alle Proletarier zu kämpfen und einzutreten, und es ist nur gut, wenn dabei von den erzielten Erfolgen auch Unorganisierte Nutzen haben. D. h. die Gewerkschaften müssen durch ihr Tun und Handeln die Masse der Unorganisierten von der Notwendigkeit der Gewerkschaften überzeugen und den Wahn aufgeben, als ob sich kampffähige Gewerkschaftsorganisationen lediglich mit Zwang und Absonderung aufbauen und erhalten lassen.**

Deshalb müssen die Gewerkschaften auch die unorganisierten Erwerbslosen in die Verbände aufnehmen.

Diesen Erwerbslosen muß der Eintritt in die Gewerkschaften durch ein niedriges Eintrittsgeld und durch ganz geringe Beiträge — vielleicht von 10—15 Pfg. pro Woche, erleichtert und möglich gemacht werden.

An der Durchführung dieser Maßnahmen haben nicht nur kommunistisch und revolutionär eingestellte Proletarier, sondern alle Mitglieder der Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, das denkbar größte Interesse.

Nur wenn auf diesem Wege alle Erwerbslosen, organisierte und unorganisierte, zum gemeinsamen Kampf zusammengefaßt werden, wenn die Erwerbslosenausschüsse anerkannt werden, wird es gelingen, die Forderungen der Erwerbslosen durchzusetzen und die Erwerbslosenbewegung fest mit den Gewerkschaften zu verbinden, sie restlos unter ihre Führung zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0011

Der „Arbeiterrat"

Organ der revolutionären Betriebsräte.

Die Stellung des Betriebsrates im Betrieb hat sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Unternehmer und Arbeitsgerichte versuchen, teils mit Gewaltmethoden, teils mit Mitteln des bürgerlichen „Rechts", den Betriebsräten zu Leibe zu gehen, und sie nach und nach entweder völlig zu beseitigen, oder sie doch bedeutungslos zu machen. Erschwert wird die Lage der Betriebsräte den Unternehmern gegenüber noch durch die völlige Vernachlässigung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften, die der Offensive gegen die Betriebsräte nicht nur nicht entgegengetreten sind, sondern ihr sogar noch Vorschub geleistet haben. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, die den Betriebsräten auch organisatorisch ein Rückhalt und eine feste Stütze auch in den Gewerkschaften hätte sein können, wurde entweder, wie in Berlin, aufgelöst oder ihre Neuerrichtung sabotiert.

Die Betriebsräte sind daher nahezu ganz auf ihre eigene persönliche Tatkraft und Initiative angewiesen. Was ihnen heute noch an organisatorischer und politischer Unterstützung durch die Gewerkschaften fehlt, müssen sie durch um so größere persönliche Qualität zu ersetzen suchen.

Für den Kampf gegen die Rechte der Betriebsräte gibt es eine sehr ausgedehnte Unternehmer-Literatur. Die Unternehmer verfügen über eine Garde von Syndizis, deren alleinige Aufgabe es ist, immer neue Methoden ihrer Entrechtung auszuklügeln. Die gesamte Arbeitsgerichtsbarkeit verfolgt nur den einen Zweck, mit den Mitteln des bürgerlichen Rechts eine organisierte Entrechtung der Betriebsräte zu betreiben. Auch hier haben die Gewerkschaften bisher völlig versagt. Es gibt zwar bei einigen Verbänden Betriebsrätezeitschriften oder Betriebsrätebeilagen zu den Verbandszeitungen, die jedoch völlig ungenügend sind, da sie lediglich sogenannte Schulungsorgane sein sollen. Sie vermitteln einiges arbeitsrechtliches Wissen, geben auch, wie die „Metallarbeiter-Zeitung", Uebersichten über Wirtschaftsentwicklung, aber das alles im Geiste der Arbeitsgemeinschaft und der „Mitverantwortlichkeit" mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die Betriebsräte nur bestehen können, wenn sie ihre Arbeit rücksichtslos vom Boden des Klassenkampfes aus durchführen.

Um die schwere Arbeit der Betriebsräte zu stützen, wurde vor mehreren Jahren der „Arbeiterrat" geschaffen, der leider noch viel zu wenig bekannt ist. Er erscheint jetzt im 3. Jahrgang und wird herausgegeben von Siegfried Rädel. Dort wo der „Arbeiterrat" bekannt ist, ist er den Betriebsräten, und nicht nur ihnen, sondern auch den Gewerkschaftsfunktionären, ein unentbehrlicher Ratgeber und Mitkämpfer geworden.

Sein Inhalt gliedert sich in die verschiedenen Gebiete der Betriebsrätepraxis. Er enthält in jeder Nummer neben einer Behandlung der aktuellen politischen Tagesfragen vor allen Dingen Aufsätze über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft, über die Absichten und die Taktik der Unternehmer, kurzum, er nimmt Stellung zu allen aktuellen Tagesfragen der Gewerkschafts- und Betriebsrätebewegung vom Standpunkt des Klassenkampfes aus.

In einem ständigen Teil „Aus der Praxis für die Praxis" erscheinen regelmäßig Aufsätze über besondere Fragen des Betriebsrätegesetzes, des Arbeitsrechtes. Er veröffentlicht regelmäßig eine Reihe wichtiger Entscheidungen im Wortlaut, deren Kenntnis den Betriebsräten ihren Kampf vor den Arbeitsgerichten wesentlich erleichtert. Daneben erscheint in jeder Nummer eine reichhaltige Uebersicht über die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung, enthaltend in aller Kürze wichtige Entscheidungen auf allen Gebieten des Arbeitsrechtes, so daß der Betriebsrat über die arbeitsrechtliche Entwicklung jederzeit im klaren ist, und für jede Auseinandersetzung mit dem Unternehmer gewappnet ist.

In jeder Nummer werden außerdem wichtige Fragen der Sozialgesetzgebung behandelt, Fragen der Krankenversicherung, des Unfalls, Knappschaftswesens und der Erwerbslosenfürsorge, die jedem Betriebsrat und jedem Gewerkschaftsfunktionär die unbedingt notwendigen Kenntnisse der wichtigsten Fragen der Sozialpolitik vermitteln.

Ein weiterer Teil über die Gewerkschaftsbewegung enthält regelmäßig wichtige Informationen über die inländische und ausländische Gewerkschaftsbewegung.

Ein gut redigierter Wirtschaftsteil enthält reichhaltiges Material über die jeweilige Wirtschaftslage und die Entwicklungstendenzen. Neben dieser Behandlung der allgemeinen Wirtschaftsfragen wird besonderes Gewicht gelegt auf die Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Industrien, Bergbau, Automobilindustrie, Textilindustrie usw., so daß jeder Betriebsrat und jeder Gewerkschaftsfunktionär regelmäßig informiert wird über die Lage der Industrie, in der er arbeitet. Er gewinnt dadurch das notwendige Material für die Lohn- und Wirtschaftskämpfe. Daneben werden die für die deutsche Arbeiterschaft besonders wichtigen Reparationsfragen, Fragen des Dawesplanes und die wirtschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge der Innen- und Außenpolitik behandelt. Außerdem gibt der „Arbeiterrat" regelmäßige und gute Informationen über die fortschreitenden Konzentrationsbestrebungen in der Industrie.

Das Material ist so reichhaltig und so gründlich, daß bisher jeder Genosse, der den „Arbeiterrat" einmal in die Hand genommen hat, zum ständigen Leser geworden ist. Und tatsächlich erfüllt der „Arbeiterrat" eine unbedingt notwendige Aufgabe. Ohne ihn ist kein Betriebsrat in der Lage, seine Aufgabe als Vertreter der Arbeiterschaft im Betrieb gegen den Unternehmer wirklich zu erfüllen. Und ebenso wie er unentbehrlich ist für die tägliche Kleinarbeit des Betriebsrates, ebenso ist er unentbehrlich für den Kampf der Betriebsräte um die Verteidigung und Erweiterung ihrer Rechte.

Außerdem hat der „Arbeiterrat" eine Auskunftstelle eingerichtet, die briefliche Auskunft über alle Fragen der Arbeiterbewegung erteilt, so daß auch hier für besondere Fälle und in besonders dringlichen Angelegenheiten jeder Betriebsrat rasche und tatkräftige Unterstützung findet.

Jeder Betriebsrat und jeder Gewerkschaftsfunktionär muß deshalb den „Arbeiterrat" lesen.

Der „Arbeiterrat" erscheint zu Anfang jeden Monats und kostet bei seiner Reichhaltigkeit nur 20 Pfennig. Seine Adresse lautet: Siegfried Rädel, Berlin SO., Melchiorstraße 15. Bestellungen sind an diese Adresse zu richten.

Auch die Gewerkschaften müssen eingesetzt werden in den Kampf:

Keinen Pfennig den Fürsten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260223-18/fragment/page=0012